

**Zeitschrift:** Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern  
**Herausgeber:** Historischer Verein des Kantons Bern  
**Band:** 37 (1943-1944)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Das bernische Patriziat und die Regeneration  
**Autor:** Gruner, Erich  
**Kapitel:** V: Die Volksbewegung  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-370969>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## V. Die Volksbewegung

### 1. Liberale Staatsauffassung

Die wirtschaftlichen und geistigen Verschiebungen der zwanziger Jahre weckten in der Mittelschicht den lebhaften Wunsch, sich der aristokratischen Bevormundung zu entziehen. Sie fühlte sich in Kenntnissen und materiellen Gütern der herrschenden Klasse überlegen. Darum wollte sie sich dem Druck nicht mehr beugen, sich nicht mehr knechten lassen. Die führenden Männer dieses zum Bewusstsein ihrer Bedeutung und Macht gelangten Bevölkerungsteils protestierten gegen die geltende soziale und politische Vorrechtsordnung. Dem Ideal der Gleichheit hatten sie sich verschrieben, mit der Schwungkraft dieser Idee hofften sie den Missständen beizukommen. —

Ihr Kampf galt allein und einzig der «privilegierten Kaste», von deren «Hochmut und Dünkel» sie sich beleidigt und gereizt fanden.<sup>1)</sup> Sie ärgerten sich über die «eitle Meinung», welche die Patrizier von ihren «eingebildeten Vorzügen haben, und welche sie den übrigen Staatsbürgern auf eine beleidigende Weise aufdrängen wollen, sich Titel beilegen und sich selbst in den Adelsstand erheben».<sup>2)</sup> Dass das angefeindete Patriziat mit zäher Beharrlichkeit auf seinen Vorrechten sitze und zugleich den Glauben austreue, als sei jedermann mit dem ihm zugewiesenen Platz zufrieden, forderte den besonderen Zorn der Neuerer heraus: «Warum will man überall glauben machen, die Leute im Kanton Bern, die keine politischen Rechte geniessen, die durch ein Familienregiment beherrscht werden, seien frei, seien geachtet, seien zufrieden mit ihrer gegenwärtigen Lage und schätzen sich glücklich, unter der Herrschaft der Privilegierten zu leben?»<sup>3)</sup>

Das soziale Missgefühl der opponierenden Schicht meldete sich. Man liess sich jetzt nicht mehr abspeisen mit alten Freiheiten und Landrechten. Es wurde heftige Einsprache erhoben, wenn die neuen Forderungen mit der Begründung abgelehnt wurden, sie stammten aus neidischem und missvergnügtem Sinn. Nein, die emporstrebenden Männer wollten nicht als neiderfüllte Egoisten betrachtet werden. Sie rangen nicht um persönliche Vorteile. Sie kämpften um das Recht; sie griffen die Mißstände deshalb an, weil sie ihnen als Unrecht erschienen. Sie wollten nicht die Personen des *ancien régime* beseitigen. Nur «die Form soll gebrochen werden».<sup>4)</sup>

Dieser Gedanke war der entscheidende. Es ging um eine neue Staatsform. Die alte Hülle des obrigkeitlichen Herrenstaates sollte fallen. Deswegen brauchten die alten Herren nicht zu weichen. Aber sie sollten als «Repräsentanten, als Beamte des Volkes und nicht aus angeborener Macht ihre Stellen besitzen.<sup>5)</sup> Das Grundprinzip der neuen Staatsform wurde hier kundgetan: Der Staat musste — nach der Lehre von der Volkssouveränität — ein Volksstaat sein, dessen Grundlage die Gesamtheit der Bürger bilden sollte. Der einzige Auftrag, den ein Regent zu seinem Amt erhalte, sei derjenige des Volkes. Nie dürfe er seine Stellung durch langen Besitz, Tradition, Eroberung oder gar göttlichen Befehl rechtfertigen.

Das neue Staatsprinzip erhielt eine doppelte rechtliche Fundierung. Dem historischen Recht des Patriziats wurde ein noch älteres geschichtliches entgegengesetzt. Es wurzelte in der vagen Erinnerung früher bestandener Volksrechte: «Können wir da die alte Schweizerfreiheit, ein reines Bürgertum, die wahre ächte Republik finden, wo die Verfassung ohne Sanktion des Volkes eingeführt wurde?»<sup>6)</sup> In einer Eingabe der Bernischen Burgerschaft von 1830 bitten die Petenten, «dasjenige Leben wieder herzustellen, welches unsere Alvorderen in ebenso schwierigen Verhältnissen gegen innen und aussen stark machte».<sup>7)</sup> — Grössere Bedeutung als jener dunklen Erinnerung wurde der modernen aufklärerischen Rechtsbegründung beigemessen. Aus ihr entnahm man, dass die Rechte des Volkes nicht nur auf die Frühzeit der Eidgenossenschaft zurückgingen. Sie seien dem Menschen von der Natur verliehen und unveräusserlich: «Das Recht der Volksherrlichkeit ist so alt als das Menschengeschlecht.»<sup>8)</sup>

Wie das Patriziat sich auf Herkommen und positive Rechte stützte, so die neuen Männer auf Begriffe und Doktrinen der Aufklärung. Wo der Aristokrat historisch-gefühlsmäßig begründete, da motivierte die heraufkommende Schicht mit der menschlichen Vernunft. Während Kirche und Regent den Menschen mit der Erbsünde behafteten und ihm Demut empfahlen, bäumte sich der moderne Mensch im stolzen Bewusstsein, mit der von Gott geschenkten Vernunft ausgestattet zu sein. Der einzelne fühlte sich selbständig, er wollte sein eigenes Leben leben, während er früher in die Gemeinschaften seiner Umwelt eingefasst war. — Woher dieser Ideenreichtum? Er stammt aus der emsigen Beschäftigung mit den politischen Lehren der Aufklärung, aus der Lektüre eines Rousseau, Voltaire und Montesquieu und aus dem deutschen Idealismus.

Daraus wurden die Begriffe geschmiedet, welche als Maßstab dienten bei der Kritik der alten Regierung. Der Mensch wurde von ihnen gepackt und zum Vergleiche mit dem Zustand der Wirklichkeit geradezu gereizt. Den Grossen Rat verachtete man als Vertretung der Privilegierten. Das Recht, 99 Abgesandte der Landschaft in den Grossen Rat zu stellen, wurde als schlimme Gnade verwünscht. Weg mit den kontrollierten Wahlen! Der Geist der Aristokratie und Unterwürfigkeit, der im Volke herrschte, sollte verschwinden. Den Kleinen Rat empfand man als zu mächtig. Eine ebenso gefährliche Macht besass in den Augen der Neuerer der Oberamtmann. Er züchtete mit Vorbedacht die Unterwürfigkeit des Volkes: «Niemand durfte es wagen, Gedanken über Gegenstände der Staatsverwaltung zu äussern, die mit denen des Oberamtmannes nicht übereinstimmten.»<sup>9)</sup> Die Kritik bereitete den Boden zur Umwälzung vor. Die auslösende Kraft brauchte nur mehr den Anstoss zu geben.

## 2. Äussere Einflüsse

Einer Welt in Aufruhr und gärender Bewegung stand in scheinbarer Ruhe das bernische Patriziat gegenüber. Diese Ruhe war täuschend. Denn sie stammte eher aus der Missachtung der Wirklichkeit als aus der selbstbewussten Beherrschung der Lage. Sobald sich die Zeichen widersetzlicher Gesinnung mehrten, zeigte es sich, welch geringe Gegenkräfte der Aristokratie zu Gebote standen. Bevor noch der politische Himmel sich mit Wolken bedeckte, lastete der Druck innerer Aufspaltung auf dem Patriziat. Denn anders wäre eine so trostlose Prognose, wie sie Karl Ludwig Stettler schon am 1. Januar 1830 gibt, nicht möglich: «Ich sehe in unserem Staatswesen wenig oder keinen Fortschritt zum wirklich Besseren. Viel Schein — wenig Licht. Viel Worte — wenig Handlungen. Viel guten Willen — wenig Verstand. Viele Kenntnisse — wenig Erfahrung. Immer mehr Kunst — wenig Natur.»<sup>10)</sup> Schon damals war der Wille nicht mehr vorhanden, die Herrschaft, koste es was es wolle, zu behaupten. Der Einsatz an Machtmitteln, um die Herrschaft zu stützen, wurde vom grösseren Teil des Patriziats nicht mehr gewagt. Diese Kapitulation vor der Zeit hatte eine Richtungs- und Kompasslosigkeit zur Folge, welche verderblich wurde.

Die Julirevolution in Paris war der Anstoss, der die latenten Gewalten in Bewegung setzte. Darf man von einem direkten Einfluss auf die Berner Verhältnisse sprechen? Ohne dieses Problem eindeutig lösen zu können — die Quellen sind zu man-



gelhaft —, muss die Frage aufgeworfen werden, inwiefern die regierenden Patrizier an einen direkten Einfluss glaubten. Denn ihre Anschauung über die Einwirkung der französischen Revolution ist massgebend für ihr Verhalten zur Revolution überhaupt. — Viele bernische Magistrate, besonders die älteren, welche die Ereignisse des Untergangsjahres 1798 noch in lebhafter Erinnerung hatten, betrachteten die französische Revolution als Ausbruch neuer europäischer Wirren. In Paris sahen sie das Zentrum einer europäischen Umwälzung. Ihre Annahme fanden sie bestätigt durch die Revolutionen in Polen und Belgien. Wer so dachte, der erblickte in der Abwehr gegen den Einfluss der Revolution den nationalen Verteidigungskampf. Der alte Schultheiss von Mülinen war des festen Glaubens, Frankreich plane einen neuen Überfall auf die Schweiz. Nur so sind seine Worte in der Grossratssitzung vom 13. Januar 1831 zu verstehen: «Wir stehen an der Schwelle einer nicht blutigen, aber leichtsinnigen Revolution. Frankreich ist der drängende Pol. Die Liberalen in Frankreich haben ein Interesse, die neuen Grundsätze auch bei ihren Nachbarn einzuführen. Belgien ist der erste gelungene Versuch. Die Schweiz soll der zweite sein . . . Die Staatsumwälzung soll statthaben am Vorabend eines europäischen Krieges, wo die Schweiz alle Kräfte aufbieten muss, um nicht in denselben verflochten zu werden und dem Eingang fremder Heere zu wehren.»<sup>11)</sup> Ähnliche Gedanken äusserten später Schultheiss Fischer und der Geschichtsschreiber Oberst Ludwig Wurstemberger. Sie glaubten, Frankreich wolle das Land wie 1798 deshalb revolutionieren, um ihm genehme Männer an die Spitze zu stellen, welche dann den französischen Revolutionsheeren den Einmarsch ermöglichen sollten.

Dr. Abraham von Schiferli (1775—1835), Professor der Medizin und Kammerherr der russischen Grossfürstin Anna Feodorowna, schrieb seinem in Heidelberg weilenden Sohne, «dass fremde Emissärs all das Unglück stiften».<sup>12)</sup> Er versuchte sich ein konstruktives Bild von der französischen Politik zu machen. Er behauptete, Frankreich wolle durch die Revolutionierung der Nachbarn seine eigene Verfassung sicherstellen. Belgien und die Schweiz müssten ihm ergeben sein, damit es jederzeit ohne Schwertstreich diese Grenzländer besetzen könne. In Polen habe es den Funken gelegt, um die drei grossen Mächte abzuhalten, ihre Truppen nach Westen zu senden.<sup>13)</sup> Dass sich gerade Schiferli, der im politischen Leben nicht hervortrat, dieser Auffassung anschloss, spricht dafür, dass diese Meinung in der bernischen Oberschicht

ziemlich verbreitet war. Sogar der in Heidelberg weilende Rudolf Tschärner liess sich von Schiferli beeinflussen, fragte einige Tage darauf den Freund Zeerleder an: «Wieviel kommt bei der Revolution der Arbeit fremder Emissäre zu?»<sup>14)</sup> Übrigens war dieser Glaube auch in den diplomatischen Kreisen sehr stark verbreitet. Sowohl der englische als der österreichische Gesandte berichteten nach London und Wien mit der Überzeugung, die bernische Revolution werde von französischen Agenten angezettelt. «Jeder Tag, jede Stunde beweist erneut, dass die ganze schweizerische Revolution von Paris aus geleitet wird»;<sup>15)</sup> mit diesen Ausdrücken bekräftigte der englische Diplomat seine Ausführungen. Metternich dagegen instruierte seinen Gesandten Bombelles, die Schweizer Revolution zu dämpfen, da man in ihr einen Teil neuer europäischer Unruhen löschen müsse: «La faction révolutionnaire dont le ressort central est en France et dont les vues subversives embrassent tous les pays cherche à attirer une nouvelle incendie en Suisse dans l'intention d'en faire un sujet de discorde entre la France et l'Autriche.»<sup>16)</sup>

Wie stellte man sich diese Arbeit der französischen Propagandisten — Emissäre vor? In erster Linie dachte man, dass Frankreich die schweizerische Propaganda in Zeitungen und in Flugschriften finanziere. Sowohl Fischer wie Wurstemberger behaupteten, die «Appenzeller Zeitung» habe französisches Geld erhalten.<sup>17)</sup> Wurstemberger wollte es von Schaffhausen erfahren haben. Dort sei ein Wechsel der französischen Regierung auf 100,000 Franken an eine Redaktion in falsche Hände geraten. Stettler dagegen las in Blättern, die er nicht nennt, Frankreich wolle durch die revolutionierte Schweiz einen ungehinderten Durchpass nach Italien besitzen.<sup>18)</sup> Im fernern wurde behauptet, die bernischen Volksführer hätten ganz eingehende Direktiven aus Frankreich erhalten. Drittens, glaubte Stettler, seien die Jurassier durch Geldbeträge zur eigentlichen Empörung gegen Bern aufgewiegelt worden.<sup>19)</sup>

Entsprechen diese Behauptungen der Wirklichkeit? Sie lassen sich durch die uns in der Schweiz zugänglichen Quellen nur teilweise bekräftigen, so durch die Nachricht der Zentralpolizeidirektion in Bern, dass einige Jurassier wirklich durch Geldbeiträge zur Empörung gegen Bern aufgewiegelt worden seien.<sup>20)</sup> Aus den französischen Quellen ergeben sich, wie eine eben erschienene Dissertation lehrt, keine bestimmten Anhaltspunkte.\* Die Berner Pa-

---

\* Jean Charles Biaudet: «La Suisse et la monarchie de juillet, 1830—38», Lausanne 1941.

trizier erwähnen zwar den Spruch eines französischen Revolutionsmannes: «Tout ce qui s'est fait en Suisse s'est fait par nous et pour nous.»<sup>21)</sup> Doch wird dieser Spruch drei verschiedenen Staatsmännern in den Mund gelegt: Thiers, Guizot und dem Herzog von Broglie. Wenn wirklich solche Direktiven aus Frankreich gekommen wären, so müssten sie in der Korrespondenz der führenden Liberalen irgendwie erwähnt werden. Das sind sie nicht. Dagegen erliessen die in Paris lebenden Schweizer einen Aufruf an ihre Landsleute. Vater Schiferli berichtet seinem Sohne: «Von den in Paris lebenden Schweizern, Stapfer, Rougemont und wie sie alle heissen, ist eine gedruckte Adresse in der ganzen Schweiz verteilt worden, worin sie die Notwendigkeit zeigen, eine Verfassung wie die der Helvetischen Republik aufzustellen.»<sup>22)</sup> Da nun diese Adresse in französischen Blättern abgedruckt war, so konnte in Bern die Meinung aufkommen, die französische Regierung muntere das Bernervolk zum Aufstand gegen seine Oberen auf.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Frankreich begünstigte nur die gegen Bern gerichteten Bewegungen im Jura. Eine direkte Einwirkung der französischen Revolutionsmänner auf die gesamte Entwicklung im Kanton Bern fand nicht statt. Dagegen waren die Erfolge der französischen Aufständischen aufmunternd und anspornend. Die Julirevolution war eine Tat, welche in den Herzen derer, die nach Befreiung aus politischer Vormundschaft trachteten, zündete. Der Bann, der die zur Bewegung gerüsteten Schichten noch fesselte, wurde gebrochen. Man bekam Mut. Wenn es in Paris gelang, dann mochte es auch in der Schweiz klappen. Schon am 4. August 1830 hatte Professor Samuel Schnell die Überzeugung, dass mit der Julirevolution auch für die Schweiz eine entscheidende Epoche angebrochen sei: «Le régime des perruques et des calottes a fini», so verkündete er dem Freund Stapfer in Paris. «Nous avons vu le jour où il a cessé.»<sup>23)</sup> Seinem Vetter Hans Schnell bedeutete er, wenn er Geschichte schreibe, so möge er ein neues Kapitel beginnen. In anmutiger Weise erzählt der Schwiegersohn Ludwig Schnells, Eduard Bloesch von Biel,\* wie man sich im Städtchen um den eintreffenden «Constitutionel», der die wichtigsten Neuigkeiten von Paris brachte, gerissen habe. Er weiss die Stimmung jener Tage festzuhalten. Nie sei das Gefühl, dass mit dem französischen Schicksal auch das eigene sich in Paris entscheide, mit grösserer Klarheit

---

\* Eduard Bloesch, 1807—66. Des Grosse Rates 1838, Landammann 1841, Grossrat 1846 und Regierungsrat 1850, Nationalrat 1851.

als jetzt vor die Seele eines jeden getreten.<sup>24)</sup> — Die Julirevolution beschleunigte einen Prozess, der auf wirtschaftlich-sozialem Gebiete schon lange eingeleitet war, der durch das Patriziat selbst in der Rechtssphäre durch das neue Zivilgesetz unabsichtlich gefördert worden war. Sie zerbrach den Talisman, der den Geist der Umwälzung bis jetzt noch darniedergehalten hatte. Für das Patriziat gab es schon damals eigentlich kein Aufhalten mehr. Man hätte das Unausbleibliche höchstens hinauszögern können.

Noch aber blieb in Bern nach den Ereignissen in Frankreich alles ruhig. Es bedurfte anderer Antriebe, um die Bewegung in Schwung zu setzen. Ausschlaggebend war das Verhalten der eidgenössischen Mitstände. Die sich in den nordöstlichen und nördlichen Kantonen der Schweiz im Gefolge der Pariser Revolution abspielenden Umwälzungen wirkten anfeuernd. Die Nachbarkantone Aargau und Solothurn brachten die Flamme der Revolution in bedrohliche Nähe. Gefährlicher war die Propagandatätigkeit der in diesen Kantonen an die Spitze tretenden Männer. Sie waren es, welche die Zeitungshetze gegen Bern förderten. Waadtländer und Aargauer waren aus altem Groll den Bernern feindlich gesinnt. Der appenzellische Landeshauptmann Nagel reiste im August im Kanton Bern herum und nahm Kontakt auf mit den einflussreichen Vertretern der Mittelklasse.<sup>25)</sup>

Die gereizte Stimmung empfand Bern sehr stark auf der Tagsatzung. In der Dezembersitzung, die ausserordentlicherweise vom Vorort Bern einberufen worden war, wünschten seine Abgeordneten, dass in den bisher ruhig gebliebenen Kantonen die gesetzliche Ordnung geschützt werde. Die Tagsatzung möge Anordnungen treffen, um die Ausbreitung der Revolution zu verhindern, insbesondere die Propagandatätigkeit über die Kantonsgrenzen hinweg zu unterbinden. Bern berief sich dabei auf den Bundesvertrag von 1815, der in seinem 1. Artikel besagte: «Die Kantone gewährleisten sich gegenseitig ihre Verfassungen.»<sup>26)</sup> Doch wurde das Gegenteil zum Beschluss erhoben. Ausser Uri stimmten alle Kantone dem Grundsatz der Nichtintervention zu. Die Tagsatzung wollte es jedem eidgenössischen Stand selbst überlassen, «kraft seiner Souveränität die von ihm notwendig und zweckmässig erachteten Abänderungen in seiner Verfassung vorzunehmen, sobald dieselben dem Bundesvertrag nicht zuwider sind».<sup>27)</sup> Zürich stellte sogar den Antrag, die Tagsatzung solle erklären, dass der Grundsatz der Volkssouveränität für alle Kantonsverfassungen massgebend sein müsse.<sup>28)</sup> Wie dieser Stand sprachen sich noch andere aus. Doch



wurde dieser Antrag nicht zum Beschluss erhoben. Die Gesandten der revolutionierten Kantone waren auch inoffiziell tätig. Sie hielten Besprechungen ab mit den Führern der Bewegung. Diese wurden in ihrem Vorhaben bestärkt und durch Zusage allfälliger Hilfe moralisch angetrieben.

Vielfach wurde behauptet, die Berner Aristokratie habe sich nur deshalb so untätig verhalten, weil sie gehofft habe, später würde der alte Zustand durch *I n t e r v e n t i o n d e r a u s w ä r t i g e n M ä c h t e* wiederhergestellt werden. Sie habe im Dezember und Januar von den Gesandten Versprechungen erhalten. Dies waren durchwegs der Propaganda dienende Gerüchte. Metternich riet Bombelles — in seiner Weisung vom 23. Dezember 1830 —, den Schultheissen Fischer in seiner festen Haltung zu bestärken, da er damit der guten Sache diene. Mehr als den «*appui de ses conseils et de son approbation*» hatte aber der österreichische Diplomat nicht zu versprechen.<sup>29)</sup>

### 3. Die Spaltung im Patriziat

Dem Einfluss der Julirevolution war der Frankreich benachbarte Berner Jura am meisten ausgesetzt. Die dortige Bevölkerung fühlte sich durch Sprache und Religion den Franzosen näher als den deutschsprechenden protestantischen Bernern. So war es nicht verwunderlich, dass bereits am 2. August in Pruntrut franzosenfreundliche Kundgebungen stattfanden. Sofort erliess der Geheime Rat ein Rundschreiben an alle Oberämter, in welchem er die Amtsleute zu Wachsamkeit und Vorsicht mahnte. Vom Kleinen Rat wurde der Kriegsrat angewiesen, die Garnisonen in Pruntrut und Bern zu verstärken. — So weit waren Beschlüsse reibungslos gefasst worden. Sobald aber eine wirklich umfassende Aktion eingeleitet werden sollte, stockte es. Den Grund der *U n e n t s c h l o s s e n h e i t*, welche von nun an die Politik des Patriziates kennzeichnete, hat man in der *i n n e r e n S p a l t u n g* zu suchen, welche den Stand zerriss. Das Patriziat löste sich immer mehr in Gruppen und Grüpplein auf.

Die Vielfältigkeit der Meinungen lässt sich in der Hauptsache auf einfache Linien bringen. Die Gruppierung in Ultra und Gemässigte, welche für die zwanziger Jahre gilt, hatte einer *D r e i t e i l u n g* Platz gemacht. Die drei Gruppen deckten sich jedoch nicht mehr mit drei verschiedenen Staatsauffassungen. Vielmehr unterschieden sie sich in der mehr praktischen Frage, mit was für Mitteln die Revolution aufgehalten werden könne.

Die Politik der Ultra war die geradlinigste. In den Augen des Burgdorfers Ludwig Schnell waren es «orthodoxe Aristokraten, welche weder nach der rechten noch nach der linken Seite aus der Linie wichen».<sup>30)</sup> Zu seinem Bedauern muss er seinen Schwiegervater, den Ratsherrn und Appellationsgerichtspräsidenten Gatschet auch dazu zählen. Schnell beklagt sich über den ganzen Bekanntenkreis seiner Frau. Der Bruder des Ratsherrn war jener Oberst Gatschet, der das Waldshuterkomitee gegründet hatte. Diese Aristokraten begrüßten nach Schnells Mitteilung die Ordonnanzen König Karls als Stärkung der legitimen Ordnung und hegten deshalb Hoffnungen «auf eine Herstellung des aristokratischen Prinzips».<sup>31)</sup> Der Burgdorfer Stadtschreiber weilte damals auf dem Gurnigel. Er erzählt, wie man die französisch-königliche Energie mit Champagner gefeiert habe. Um so grösser waren nachher, als die Kraftentwicklung des Systems Polignac durch eine Revolution beantwortet wurde, «üble Laune und Besorgnisse».<sup>32)</sup>

Die Ultra waren überzeugt von der Rechtmäßigkeit und Gottgewolltheit ihrer Regierung. Denn diese fassten sie als erworbenes Eigentum auf, gefestigt und geordnet durch eine grosse Zahl von Verträgen und Abkommen. Nie hätten sie einen Vertrag gelöst, ohne dass der Vertragspartner einverstanden gewesen wäre. Darum verlangten sie von den emporstrebenden Schichten Gehorsam. «Es handelt sich darum, ob wir unsere schwarzen Kutten ausziehen sollen oder nicht», sagte Seckelmeister von Muralt.<sup>33)</sup> Damit meinte er, dass der seines Rechtes sichere Aristokrat nicht von seinem Platze rücken dürfe, auch wenn einige Treiber dies von ihm verlangten. Der Glaube, dass im Volke gar kein Wunsch nach Veränderung der Verfassung bestehe, bestärkte sie in der starren Haltung. So schreibt etwa Karl Ludwig Stettler in einer im Dezember eingereichten Bittschrift: «Der grosse Teil des Berner Volkes wird keine Stimme zur Klage erheben. Nein, das Volk ist ruhig, zufrieden und glücklich. Wo Bewegung und Unruhe entsteht, da ist sie auf die Hetze der Führer zurückzuführen.»<sup>34)</sup> Solange die Ultra überzeugt waren, dass die sogenannte Volksbewegung nur das Werk einiger weniger Aufwiegler sei, wollten sie diesem Treiben mit Gewalt begegnen. So konnte ein Vertreter des rechtsstehenden Flügels in der «Neuen Schweizer Zeitung» aussprechen: «Sollte auch im Kanton Bern eine Veränderung der Staatsform ertrotzt werden, so ist ihr schon vom Tage ihrer Einführung an das Brandmal der Unbeständigkeit aufgedrückt. Denn, wenn die Aufrührer das Recht haben, die jetzige Verfassung zu verändern, so geben sie uns das nämliche und noch



grössere Recht, ihr Machwerk aufzulösen, das bloss die Frucht vorübergehender Zeitumstände ist und keineswegs das Wohl des Landes beabsichtigt.»<sup>35)</sup> Niemand unter den Ultra glaubte an die Macht der neuen Ideen. Sie pochten auf den Wohlstand im Lande, auf die allgemeine Zufriedenheit und dachten, dass der Propagandatätigkeit der Aufwiegler zum Schluss doch kein endgültiger Erfolg beschieden sein werde.

Der führende Mann der Gruppe war der Seckelmeister von Muralt. An ihn schlossen sich, wie der Oberamtmann Emanuel Rudolf von Tavel in seinem Tagebuche sagt, «die wahren Aristokraten oder diejenigen, welche eine legitime Aristokratie auf Historie und positiven Rechten wollen».<sup>36)</sup> Auch Stettler gibt in seinem Tagebuche ein Verzeichnis der «wahren, ächten Aristokraten».<sup>37)</sup> Folgende Mitglieder des Kleinen Rates werden neben Muralt zu dieser Gruppe gezählt: die Ratsherren Gatschet, Lombach, Wurstemberger, Thormann, von Goumoens, May, Steiger, von Tavel, von Büren und Benoit. Fünf weitere Ratsherren zählt Tavel zu den Ultra, wogegen Stettler sie nicht als ächt anerkennt. Es sind die Ratsherren Frisching, Daxelhofer, Stürler und Zeerleder nebst dem alt Seckelmeister Jenner.\* Dann folgen eine lange Reihe Grossräte, unter welchen aber selten ein politisch hervorragender Kopf zu verzeichnen ist. Auf der Liste fehlen gewisse Namen, welche noch 1826 auf keinem Verzeichnis der Ultra hätten ausgelassen werden dürfen:

\* Johann Rudolf Wurstemberger, 1770—1839. Des Grossen Rates 1803, Oberamtmann zu Wimmis und zu Delsberg, des Kleinen Rates 1822.

Karl Viktor May, 1777—1850. Des Grossen Rates 1803, Oberamtmann zu Büren, des Kleinen Rates 1829. Eidgenössischer Oberst.

Franz Rudolf von Tavel, 1770—1850. Des Grossen Rates 1814, Dragonerobers, des Kleinen Rates 1824, Vater des späteren Schultheissen von Tavel.

Rudolf Albrecht von Büren, 1784—1856. Des Grossen Rates 1814, des Kleinen Rates 1823, eidgenössischer Oberst.

Albr. Friedr. Benoit, 1770—1841. Des Grossen Rates 1814, des Kleinen Rates 1826.

Albrecht Friedrich Niklaus Daxelhofer, 1763—1838. Des Grossen Rates 1795 und 1803, Oberamtmann zu Erlach, des Kleinen Rates 1810.

Joh. Rudolf Stürler, 1771—1861, Besitzer von Jegenstorf. Des Grossen Rates 1803, Oberamtmann von Burgdorf und Fraubrunnen, des Kleinen Rates 1809—14 und 1821—31, Vater von Staatsschreiber Moritz von Stürler.

Karl Zeerleder, 1780—1851. Des Grossen Rates 1816, Oberamtmann zu Aarwangen, des Kleinen Rates 1827. Präsident der Stadtverwaltung von Bern 1831—48, Präsident der Schweizerischen Geschichtsforschenden Gesellschaft 1831—40. Verfasser des Staatsverwaltungsberichtes.

die Ratsherren Tscharner und Lerber nebst einigen bedeutenden Grossräten, so Anton Tillier, Armand Eduard von Ernst und Friedrich Tscharner von Kehrsatz.

Diesen wird ein Platz zu äusserst am linken Flügel zugeteilt. Es sind die «Demokraten, welche die Volksherrschaft in ihrer ganzen Ausdehnung wollen, die ganzen Revolutionärs».<sup>38)</sup> Tillier und Lerber bekommen das Prädikat «total charakterlos», da sie «Aristokraten oder Demokraten je nach Umständen» sind.<sup>39)</sup> Führend in dieser Gruppe war der Ratsherr Tscharner; sein enger Gesinnungsgenosse neben Lerber war der Ratsherr Bürki.\* Im Grossen Rate galten ausser Tillier, Ernst und Friedrich Tscharner Fellenberg von Hofwyl und Emanuel von Goumoens seit langem als liberal. Die beiden waren übrigens die einzigen, die in den Sitzungen öffentlich für die neue Lehre eintraten. Die Ratsherren Tscharner und Lerber sowie der Appellationsrichter Anton Tillier fielen schon damals dem Spott und Hass der Standesgenossen anheim. Man taxierte sie allgemein als reine Erfolgspolitiker und deshalb als Verräter am patrizischen Stand.

Die wenigen Liberalen im Grossen und Kleinen Rat waren äusserst regsam. Sie setzten sich offen und geheim für das Neue ein. Es gelang ihnen auf doppelte Weise, das alte Staatsgebäude zu unterhöhlen. Einerseits standen sie mit den Neuerern in engem Kontakt und teilten diesen Tag für Tag die wichtigen Beschlüsse der Regierung mit. Ratsherr Tscharner stand unter dem Einfluss von Professor Schnell, der seinerseits seinen Vettern in Burgdorf die Direktiven erteilte. «Der Amtsschultheiss beschwor Tscharner verschwiegen zu sein. Alles vergebens», ruft Fischer aus.<sup>40)</sup> — Ebenso gefährlich war ihre Taktik, innerhalb der Regierung einmütige Entschlüsse zu verhindern. Dabei gingen die liberalen Ratsherren nicht von grundsätzlichen Überlegungen aus. Als einzig richtunggebendes Prinzip galt, ohne Rücksicht Opposition zu machen. Es wurden alle Anträge, die eine irgendwie festere und entschlosseneren Haltung der Regierung zur Folge gehabt hätten, bekämpft. Besonders die Anträge des Geheimen Rates wurden «von Ratsherr Tscharner mit Bitterkeit angegriffen».<sup>41)</sup>

Solches Verhalten klärt über die Absichten der opponierenden Patrizier eindeutig auf. Sie rechneten damit, dass die Volksbewegung siegen werde. Deshalb wollten sie sich beizeiten eine neue Stellung

---

\* Samuel Bürki, 1780—1836. Des Grossen Rates 1816 und 1831, Oberamtmann vom Obersimmental, des Kleinen Rates 1822, Regierungsrat 1831—32.

sichern, sich um die Umwälzung ein Verdienst erwerben, um dann im neuen Staat durch Ehre und Ansehen belohnt zu werden. Wer ausser den angeführten Mitgliedern des Kleinen Rates noch solche Berechnungen anstellte, ist nicht eindeutig festzustellen. Einige Patrizier, so der Oberamtmann Otth von Büren, mögen, ohne egoistisch-ehrgeizige Motive, geglaubt haben, dem neuen Geschehen sich anpassen zu müssen. Im Lichte des Zeitgeistes empfanden sie den alten Zustand als unhaltbar. Sie hofften, den Übergang vom alten zum neuen Staat in friedlicher Weise zu vollziehen, indem sie Formen mäßig abänderten und die persönlichen Verhältnisse nach Möglichkeit bewahrten. — Befürworter der liberalen Ideen fanden sich natürlich mehrheitlich unter den 99 Landabgeordneten sowie in den Reihen der nichtpatrizischen Bürgerschaft. Einige spielten in und nach dem Umsturz eine einflussreiche Rolle, so die Oberstleutnants Koch und Hahn, beide Fürsprecher, und der Lehenskommissär Abraham Rudolf Wyss, Dr. jur.\*

Zwischen diesen extremen Gruppen hatten die Männer der *Mittelpartei* eine recht unerfreuliche Stellung. Unter ihren Standesgenossen galten sie als «liberale Aristokraten oder solche, die eine mit dem Scheine des Volkswillens gegründete Aristokratie wollen». <sup>42)</sup> Ludwig Schnell, einer der Vorkämpfer der Volksbewegung, traute ihnen nur halb. Er warf ihnen vor, sie hätten «freisinnige Gemeinprüche nur aufs Tapet gebracht, mehr um die alten Zöpfe zu ärgern als in lauterem Ernst». <sup>43)</sup> Schnell empfand ihr politisches Programm als Halbheit und deshalb als Hindernis. Er warf ihnen vor, dass sie meinten, «eine aristokratische Regierungsform schliesse eine liberale Regierung nicht aus». <sup>44)</sup> Die beiden Schultheissen Wattenwyl und Fischer gehörten in diesen Kreis. Sehr eng an sie angeschlossen hatten sich die Ratsherren Diesbach\*\*, Rudolf von Fellenberg, Graffenried und Luternau. Oft trennten sich aber Wattenwyl und Fischer in taktischen Fragen. Dann genoss Fischer die Unterstützung der Ratsherren Daxelhofer, Frisching, Stürler und Zeerleder. Nahe stand ihm der alt Seckelmeister von Jenner, der seinerseits mit Wattenwyl oft auf Kriegsfuss lebte.

---

\* Abraham Rudolf Wyss, 1792—1854, Oberlehenskommissär 1817—34, des Grossen Rates 1824 und 1831, Verfassungsrat, Grossrat und kurze Zeit Regierungsrat 1831.

\*\* Niklaus Bernhard von Diesbach, 1779—1842, Oberamtmann zu Laupen, Artillerieoberst, des Grossen Rates 1814, des Kleinen Rates 1826. Mitglied der Siebnerkommission des Stadtrates 1832.

Fischer, wie übrigens alt Schultheiss von Mülinen, glaubte an die internationale Revolution und rechnete mit der Gefahr einer französischen Invasion. Er war zu Konzessionen dem Volke gegenüber bereit. Doch sollte die Regierung das Mass der abzutretenden Rechte selbst bestimmen. Unter keinen Umständen sollte dadurch der Staat geschwächt werden. Deshalb wollte er die Regierung mit der nötigen Gewalt ausrüsten, bevor er an Reformen zu schreiten gedachte. — Auch alt Schultheiss von Mülinen wünschte zu verhindern, dass die Regierung der Handlungsfreiheit beraubt werde. Sie durfte nicht ins Schlepptau der Volksführer gelangen. Sie sollte die Reformen nicht gezwungenerweise durchführen, noch durften diese im Lichte abgetrotzter Vergünstigungen erscheinen. Beide Magistrate waren entschlossen, die Führung in Händen zu behalten. Sie waren davon überzeugt, dass das Volk gar nicht wünsche, selbst zu regieren. Da es gerecht und ohne Lasten und Unterdrückung gelenkt werde, so müsse nur das geändert werden, was Unzufriedenheit geweckt habe.

Bis zu welchem Grade waren Fischer und Mülinen bereit, Reformen einzuleiten? Fischer hat seine Meinung nirgends deutlich festgehalten. Mülinen dagegen verfertigte einen Entwurf der ihm notwendig scheinenden Veränderungen. Er war bereit, die reine Vertretung der patrizischen Burgerschaft auf 150 Mitglieder zu beschränken. So hätte der Grosse Rat zur Hälfte aus Aristokraten, zur Hälfte aus Abgeordneten der Landschaft bestanden. Um den nichtpatrizischen Bürgern entgegenzukommen, wünschte Mülinen eine vom Staat getrennte Stadtverwaltung mit einem selbständigen und von den Zünften gewählten Stadtrate. Er war nicht abgeneigt, eine beschränkte Pressefreiheit durch ein Pressegesetz zu fixieren. Ferner berücksichtigte er den Wunsch nach Veröffentlichung der Staatsrechnung. Bescheidene Ansätze zur Gewaltentrennung in den Befugnissen der Oberamtänner waren festzustellen. Doch nirgends war der Grundsatz der Volkssouveränität ausgesprochen.<sup>45)</sup> — Das Echo von rechts und links war in gleicher Weise ablehnend. Tillier, der eben erst einen demokratisch gefärbten Mantel übergeworfen hatte, bezeichnet Fischer und seinen Anhang als «allen neuen Begriffen sehr feindselig gesinnt».<sup>46)</sup> Von der konservativen Seite gesehen, «buhlte der Schultheiss um Volksgunst und machte sich unentbehrlich für die neue Ordnung der Dinge, um an die Spitze der Geschicke gestellt zu werden».<sup>47)</sup>

Wattenwyl wollte in den Reformen weitergehen als sein Kollege Fischer. Auch empfahl er einen ganz andern Weg, um die

Reformen einzuleiten. Er betonte, dass sie in enger Verbindung mit den Volksmännern durchgeführt werden müssten. Des greisen Schultheissen Verhalten wird erklärlich, wenn man weiss, dass er während der ganzen Restaurationsepoche Anhänger der Mediationsverfassung geblieben war. Er wünschte dem Volke weitgehende Rechte zukommen zu lassen, um das Unrecht von 1813 wieder gutzumachen. Er glaubte zwar an die Treue der Untertanen. Doch wusste er, dass ein tiefer Groll vorhanden sei wegen der «*manière peu honorable*», mit welcher man die Mediation beseitigt habe. Er tadelte «*l'esprit d'absolutisme qui règne parmi un nombre de patri-ciens*» und gab offen zu, dass «*le système du népotisme*» sehr stark angewachsen sei.<sup>48)</sup>

Da Wattenwyl von der Unzufriedenheit der mittleren Klassen überzeugt war, da er sah, wie der verhaltene Unwille bei den Gebildeten wuchs, wollte er der Volksbewegung zuvorkommen und alle berechtigten Wünsche erfüllen: «*Dans les époques aussi critiques il faut chercher à contenter avec prudence les vœux légitimes dont on connaît l'existence depuis longtemps, lors même qu'ils n'ont pas été exprimés par pétitions.*»<sup>49)</sup> Er versuchte, Schultheiss Fischer durch allerhand Beispiele aus Vergangenheit und Gegenwart zu überzeugen, dass es nun an der Regierung liege, Entgegenkommen zu zeigen. Darin bestehe die Regierungskunst in bewegter Zeit, Zugeständnisse zu machen, bevor die Forderungen vom Volke eingegangen seien und man gebunden scheine. Im Gegensatz zu Fischer verdammt er alle Gewaltanwendung, weil er meinte, dadurch werde die Revolution erst recht hervorgerufen und das Volk gereizt.

Zu welchen Reformen neigte Schultheiss von Wattenwyl? Zugrunde lag die Vorstellung, «*qu'il existe bien le désir d'un état voisin à celui de l'acte de médiation*».<sup>50)</sup> In der Hauptsache zielten deshalb seine Reformanträge auf eine starke Abänderung der Wahlart des Grossen Rates. Über die Zahlen drückte er sich nie bestimmt aus. Doch wollte er die Wahlen der Landabgeordneten volkstümlicher durchgeführt wissen, sie vor allem von der Kontrolle der Oberamt männer befreien. Bei der Wahl der Stadt grossräte wollte er die Ausschliesslichkeit dadurch verhindern, dass er den nicht-patrizischen Bürgern eine zahlenmäßig festgesetzte Vertretung bewilligte. — Dem Volke sollte Erleichterung geschaffen werden, wo es sich besonders gedrückt fühlte. Dies betraf vor allem die finanzielle Belastung seit 1815. Wattenwyl empfahl eine allgemeine Steuerverminderung, insbesondere aber die Aufhebung der Konsum- und der Stempelsteuer. Eine gewisse Entspannung erwartete



er durch die Erweiterung der Gewerbe- und Handelsfreiheit und die Herabsetzung der Transitzölle. Beides sollte die reiche Mittelschicht wirtschaftlich befriedigen. Auf geistigem Gebiet scheute Wattenwyl nicht davor zurück, die Zensur aufzuheben und die Pressefreiheit durch ein möglichst viel Spielraum belassendes Pressegesetz zu proklamieren.<sup>51)</sup>

Weder Fischer noch die Ultra liessen sich auf so weitgehende Vorschläge ein. Die unbedingten Aristokraten, die im Kleinen Rate die Mehrheit hatten, waren wütend über Wattenwyl. Oberst von Büren, ein rechtlich denkender und von der Gottgewolltheit der aristokratischen Regierungsform überzeugter Magistrat, erklärte ihn für hauptschuldig am Sturz des patrizischen Regiments. Stettler behauptete, er habe nur deshalb einen der Mediation ähnlichen Zustand gewünscht, weil er damals «einen übermächtigen und beinahe fürstlichen Einfluss auf die Geschäfte ausübte».<sup>52)</sup> Selbst der Historiker Zeerleder von Steinegg (1788—1858) fiel über den greisen Schultheissen her, ihm eigennützig Motive unterschiebend und ihn des Verrates zeihend. Während der Mediationszeit habe er als Landammann fast absolute Gewalt innegehabt. Aber schon seit der grossen Revolution sei er dem Zeitgeist ergeben gewesen, habe er «un penchant à céder à l'ascendant du moment et à l'opinion du jour» besessen.<sup>53)</sup>

Schultheiss von Wattenwyl liess sich nicht entmutigen. Er war bestrebt, den Zusammenhang mit den führenden Männern der Volksbewegung nicht abbrechen zu lassen. Deshalb schickte er seinen Sohn, Major Rudolf von Wattenwyl, zu Stadtschreiber Ludwig Schnell von Burgdorf. Im Oktober 1830 unternahmen beide eine Inspektionsreise ins Seeland. Der junge Patrizier sollte sich über die Wünsche der Volksführer orientieren und seinem Vater berichten, wie gross der Anhang der Burgdorfer Führer im Seeland sei. Aus den Briefen, die der junge Wattenwyl an Schultheiss Fischer und an seinen Vater sandte, geht hervor, dass die Besprechungen ziemlich erfolgreich verliefen. Dem Schultheissen Fischer meldete er, Schnell und dessen Freunde wären befriedigt, «si le gouvernement pouvait lui-même se décider à saisir les rênes».<sup>54)</sup> Als in eben jenen Oktobertagen von Burgdorf aus eine Petition an die Regierung eingereicht wurde, da bat der junge Wattenwyl seinen Vater, die Reformen sofort in Angriff zu nehmen: «L'assurance de voir le gouvernement même en quelques personnes de Berne se mettre en avant contenterait d'autant plus qu'on ne s'y attendrait pas.»<sup>55)</sup> — Rudolf von Wattenwyl erkannte klar, dass man in den



Burgdorfern nicht zu unterschätzende Gegner vor sich habe: «Nous aurions à lutter contre un parti très actif et qui pourrait gagner du terrain.»<sup>56)</sup> Mit dieser Bemerkung hoffte er den Amtsschultheissen Fischer von Gewaltanwendung abzuhalten. Er stellte klipp und klar fest, dass in diesem Augenblick die Opposition auf die «voie de résistance» gestossen werde und «des formes tout à fait illégales» annehme.<sup>57)</sup> — Wattenwyl versicherte Schnell, dass er nichts unterlassen werde, den Reformgedanken in der Berner Regierung zu verbreiten. Umgekehrt warnte er den Volksführer vor überstürzten Schritten. Er bat ihn, keine Volksversammlungen abzuhalten, sondern Wünsche und Anregungen im Grossen Rate vorzutragen. Als Repräsentant der Stadt Burgdorf in dieser Behörde habe er «le saint devoir de suivre une marche légale».<sup>58)</sup>

\*

Die innere Uneinigkeit der Regenten schuf eine Atmosphäre der **Niedergeschlagenheit**. Die drückende Stimmung schwächte und lähmte nicht nur die Regenten; sie lagerte über dem ganzen Patriziat und offenbarte sich in gegenseitigem Misstrauen und unterirdischer Gerüchtemacherei. Freunde und Verwandte mieden sich, alles schwebte in Angst und Bangen: «Der Geist des Patriziates wurde immer bedauerlicher, ohne Kraft, ohne Duldsamkeit, ohne Liebe. Gehässiges Schmollen und jämmerliche Verleumdungen hinter dem Rücken, pöbelhafte Äusserungen gegen Andersdenkende waren die einzigen traurigen Waffen in der schwierigen und verhängnisvollen Zeit.»<sup>59)</sup> So urteilte Tillier, allerdings ein Abgefallener, im Dezember 1830. Der Schultheiss von Mülinen bemerkte seinem Sohne schon Ende August: «Quand je sors de Berne il me semble que je quitte le purgatoire.»<sup>60)</sup> — Die Ultra scheinen damals die Zielscheibe der liberalen Opposition gewesen zu sein. Seckelmeister von Muralt bekam viele anonyme Drohbriefe, «in welchen man die unwürdigsten Drohungen gegen ihn ausspricht».<sup>61)</sup> Die Politik der Gewaltmassnahmen wurde kritisiert: «Die Soldaten würden sich eher ins Wasser stürzen als gegen ihre Landsleute kämpfen.»<sup>62)</sup> Grimmigen Spott schüttete Beat von Lerber über die Reaktionen aus. Die Truppe, schrieb er seinem Bruder, dem Rats Herrn, welche zum Schutze der Regierung einberufen worden sei, gebe nicht gerade den Anschein grosser Heldenhaftigkeit. Der Bruder Rats Herr, eben auf seinem Landgute im Waadtland weilend, war damals offenbar schon endgültig zur liberalen Gruppe hinübergeschwenkt. Beissend witzelt Beat, dass sich männiglich in Bern

höchlich freue, endlich keine Zeitungen mehr zu Gesicht zu bekommen. Im übrigen verlange man nichts mehr, als dass die legitime Berner Regierung sich durch ein Erbgesetz fester gründe.<sup>63)</sup>

Die Ultra befanden sich in der Tat in einer wenig beneidenswerten Lage. Auf Gewaltmassnahmen wagten sie nicht grosse Hoffnungen zu setzen. Der Oberamtmann von Frutigen, Emanuel Rudolf von Tavel, mass im November Erfolgs- und Misserfolgsaussichten gegeneinander ab. Er kam, obschon ein überzeugter Anhänger der Legitimität, zur Ansicht, dass der Erfolg der Regierung nur dann gesichert sei, wenn das Volk gegen die neuen Ideen immun bleibe. Wenn die öffentliche Meinung die alte Verfassung beibehalten wolle, so werde sie bleiben, trotz den Burgdorfer Umtrieben und der «Appenzeller Zeitung». Er fürchtet jedoch, das Neue werde siegen und setzt ganz resigniert als Schlußsatz seiner politischen Rechenschaftsablage hin: «Ich glaube an den Untergang der alten Verfassung.»<sup>64)</sup> — Am bittersten war die Lage wohl für die patrizische Jugend. Mit dem Sieg oder Untergang der aristokratischen Staatsform stand und fiel ihre Zukunft. Deshalb wehte in diesem Lager eher ein kämpferischer Geist. Die Jungen riefen nach dem «offenen Kampf, um dem Feind zu begegnen; nicht mit Ordonnanzen und Verboten, sondern mit dem Federkeil und guten Gründen».<sup>65)</sup> Diese Stelle aus dem Briefe eines patrizischen Studenten mag für viele gelten. Die aristokratische Jugend war in einer zwiespältigen Lage. Auf der einen Seite begrüßte sie teilweise das neue politische Gedankengut. Auf der andern brachte gerade die Verwirklichung dieser Ideen ihre Vorrechte ins Wanken. Der Ausweg schien ihnen klar. Sie wollten sich in ehrlichem Kampfe eine neue Stellung erobern. Damit aber hatten sie sich schon der neuen Zeit weitgehend angepasst. Sie beriefen sich nicht mehr auf Erbrecht und Gottes Gnade, sondern auf Talent und Können.

\*

In den Ratssälen spielten sich heftige Kämpfe ab. Dies lähmte die verantwortlichen Männer und schuf eine Atmosphäre des bitteren Misstrauens, oft des Hasses. Zu kräftigen Entschlüssen kam es nicht mehr, schon deshalb nicht, weil die drei Behörden, Grosser, Kleiner und Geheimer Rat, welchen die politisch wichtigen Entscheidungen übertragen waren, sich fast nie auf ein gemeinsames Ziel hin einigen konnten.

Der G e h e i m e R a t, die politisch leitende Behörde, besass trotz der Notlage keine ausserordentlichen Vollmachten. Er war

stark abhängig vom Kleinen Rat, der in seinen Entschlüssen oft die gegenteilige Meinung vertrat. Selbst der Amtsschultheiss als Präsident des Geheimen Rates war machtlos. Ohne Befugnis des vom Kriegsrat abhängigen Garnisonskommandanten konnte er nicht einmal das Stadttor öffnen lassen, um eine Ordonnanz zu entsenden. Der Grosse Rat konnte alles, was an Notwendigem und Dringendem von den andern Räten angeordnet war, wieder aufheben. Bei richtunggebenden Entschlüssen war die Opposition aus prinzipiellen und persönlichen Gründen immer stark genug, um eine klare Lösung zu verhindern. So war das Schicksal der Republik in der Hand einer Behörde, welche Mehrheiten und Minderheiten ganz zufällig bildete. In der Zeit grosser Unruhen, berichtet Tillier, habe die Polizeikommission sich zu nichts anderem entschliessen können, als für bessere Beleuchtung und für ein Schloss am Plattformgitter zu sorgen. «Mir standen die Haare zu Berge, wenn ich bedachte, mit was für Geringfügigkeiten man die drängende Zeit vertändelte», ruft er aus.<sup>66)</sup> — In Notzeiten kamen die Nachteile des patrizischen Systems noch auf andere Weise zum Vorschein. Männer der Tat waren da. Aber der Stand hatte in ruhigen Zeiten den einzelnen, die Persönlichkeit so stark zurückgebunden, dass in gefährlichen Tagen die Gesetze dem hervorragenden Manne nicht erlaubten, für seinen Stand den rettenden Schritt zu tun. Aus Angst vor diktatorischen Gelüsten waren diese strengen Formen ausgeprägt worden. Als die Gefahr der Despotie innerhalb des Standes nicht mehr drohte, war es zu spät, sich aufzuraffen und die Rettung des Staates vertrauend demjenigen in die Hände zu legen, der die Kraft und das Geschick dafür besessen hätte. Dieser Mann hätte den Fall der Aristokratie hinauszögern können.

\*

Als der Geheime Rat im August 1830 eine umfassende Aktion einleiten wollte, zeigten sich diese schwachen Seiten des patrizischen Regiments. Mit Schrecken wurde man inne, dass man nicht mehr fähig sei, innerhalb des Patriziates zielbewusst zu handeln, weil die Einigkeit fehlte. — Am 4. August schlug Fischer im Geheimen Rate vor, es sollten die aus Frankreich entlassenen Berner Söldner von der Regierung als Schutztruppe gegen innere und äussere Gefahren angeworben werden. Der Antrag wurde einige Tage darauf vom Kleinen Rate gutgeheissen. Da Schultheiss von Wattenwyl, der sich dem Antrag widersetzt hätte, abwesend war, fand er

nur fünf verwerfende Stimmen, nämlich diejenigen der Ratsherren Fellenberg, Frisching, Graffenried, Tscharner und Schneider. Zehn nahmen an, die restlichen waren auf ihren Landgütern. — Doch gebührte in einer so wichtigen Angelegenheit das letzte Wort dem Grossen Rate. Er wurde auf den 16. August zu einer Extrasitzung aufgeboten.

An diesem hochsommerlichen Tage sollte über den zukünftigen Kurs der Regierung entschieden werden. Die Vorschläge des Geheimen Rates hatten sich herumgesprochen. Die Stimmung im Patriziat war sehr schwankend. Die liberalen Kreise witterten eine reaktionäre Wendung im Sinne der Juli-Ordonnanzen. Oberst Koch konstatierte mit grosser Zufriedenheit, dass sich in regierenden wie in regierten Kreisen die allgemeine Stimme gegen solche Massregeln erhebe. Schultheiss von Wattenwyl erblickte in diesem Beschluss eine aufreizende Herausforderung und eilte deshalb von Landshut herbei, um den Antrag seines Kollegen zu bekämpfen. Jetzt zeigte es sich zum ersten Male, wie verschieden die Wege waren, welche die beiden leitenden Männer der Republik zur Überwindung der Schwierigkeiten einschlagen wollten. — Zu Wattenwyls Meinung bekannte sich die Mehrheit des Grossen Rates, nicht die Mehrheit der 200 Stadtberner. Koch triumphierte über den Sieg und lobte «den ehrlichen alten Wattenwyl», während ihn «das Polignac'sche System von Herrn Fischer verdammt ärgerte». <sup>67)</sup>

Fischers Freunde samt dem mächtigen Anhang der Ultra trauerten. Der geschlagene Schultheiss gab den Kampf als schon halb verloren auf: «Quos deus perdere vult, dementat», so rief er später aus. <sup>68)</sup> Eine Zeitlang wollte er sogar seine Entlassung einreichen. Als echter, seiner Verantwortung bewusster Staatsmann fühlte er sich verpflichtet, auf dem Posten auszuharren. Er fühlte sich mit dem Staatswesen, dem er vorstand, so verbunden, dass er mit ihm stehen und fallen wollte. — Man mag diese Regierungsniederlage vielleicht weniger wichtig einschätzen, als es der Geschichtsschreiber Wurstemberger tut, der schreibt: «Der 16. August war der Wendepunkt. Von da an konnte nichts mehr retten.» <sup>69)</sup> Immerhin bewies der Ausgang der Abstimmung, dass der Geheime Rat für seine Vorschläge nicht mehr auf das Vertrauen der souveränen Behörde zählen könne.

Vorläufig blieb im Lande alles ruhig. Die Gegner registrierten das Schwanken der Behörden als Schwäche. Die Opposition entschloss sich, aus den Inkonsequenzen Kapital zu schlagen, und ging von nun an planmässig vor.

#### 4. Das Erstarken der liberalen Opposition

Die Leitung der Volksbewegung lag in den Händen einiger führender Männer aus den Landstädten. In Burgdorf war es die Familie Schnell, von der die drei Brüder Ludwig, Karl und Hans\* schliesslich in den entscheidenden Tagen die Hauptrolle spielten. Ludwig, dessen Programm mit dem Reformwillen des Schultheissen von Wattenwyl notdürftig in Einklang hätte gebracht werden können, musste den anfänglich ausgeübten Einfluss bald seinen vorwärtsdrängenden Brüdern, insbesondere Karl, abtreten. Dieser war von einem wahren Patrizierhass beseelt, dessen Wurzeln sich bis weit in seine Jugendzeit zurückverfolgen lassen. Schon die bei Einführung der Mediation für die Abgeordneten der Landstädte beginnende Zurücksetzung gab genügend Nahrung. Persönliche Streitigkeiten mit Patriziern vertieften Karls Antipathie. Von 1816 weg war er einige Zeit als Sekretär der aargauischen Regierung tätig. Unliebsame Zusammenstösse auf den Tagsatzungen, wo Schnell als Sekretär der Regierung mit den Berner Patriziern zusammentraf, machten den Graben unüberbrückbar. Schon damals ist der innere Entschluss gefasst worden, der erst Jahre später zur Durchführung gelangen sollte: «Diese Pharisäer sind schuld, dass ich in meinem Vaterorte keinen anständigen Punkt finden kann . . . Engherzig verteidigt das Patriziat bloss und allein die Privilegien seiner 75 regierenden Familien. — Eine Revolution rettet unser Vaterland und sonst nichts . . .»<sup>70)</sup> So lesen wir in den Blättern, denen der junge Gesandtschaftssekretär damals seine Gefühle anvertraute. — Hans war — im Gegensatz zu Karl — eher weichen Herzens. Zu unabwendbarem Hass war er nicht fähig. Er hatte Medizin studiert und wurde 1827 Professor für Botanik an der Akademie. Was ihn unentbehrlich machte, war sein Temperament, mit dem er seine ganze Umgebung anfeuerte. Beide Brüder waren glänzende Volksredner. Es stand ihnen eine ganze Reihe von Vettern zur Seite. Grossen Einfluss übte Professor Samuel Schnell aus. Er wusste die überbordenden Kräfte zu lenken, ohne an die Öffentlichkeit zu treten. Mit wenig Worten gab er den Kämpfern Anweisungen zum Streit. In allen schwierigen Fragen wurde er um Rat gefragt. Er ebnete der Revolution den Weg. Dieser Ruhm genügte ihm. Er

\* Karl Schnell, 1786—1844, Dr. juris, Notar. Grossrat 1831, Mitglied des Obergerichtes, Regierungsstatthalter von Burgdorf, Regierungsrat.

Hans Schnell, 1793—1865, Dr. med., Professor an der Akademie. Grossrat 1831, Landammann 1837.



liebte es nicht, auf der Bühne zu wirken. Aus ruhig-beschaulicher Lage wirkte er kräftiger als die dem Zuschauer sichtbaren Spieler.

Von Burgdorf aus gingen die Fäden über den ganzen Kanton hinweg. Ein wichtiger Knotenpunkt befand sich in Biel, wo zwei Brüder, Caesar \* und Eduard Bloesch, neben andern Eifrigen die Verbindung mit Burgdorf unterhielten. In Nidau besass man in der Person des Advokaten Kohler einen treuen Agenten \*\*; auf ähnliche Weise war das Seeland mit Biel verbunden. Die Bewegung im Oberlande fand ihr Zentrum in Thun. Hier war es die Familie Mani, welche eine den Schnell ähnliche Stellung besass. An mehreren Mitgliedern der Familie Jaggi aus dem Frutig- und dem Saanenland besassen die Oberländer tätige Förderer des Neuen.\*\*\* Das dichte Netz der Verbindungen hatte auch in der Hauptstadt einen wichtigen Knoten. Die dortige nichtpatrizische Bürgerschaft arbeitete eng zusammen mit den Führern der Landschaft. War auch das Programm der Bürger weniger weitgehend als dasjenige der Schnell, so war doch gemeinsames Vorgehen geboten. In der Hauptsache waren es Juristen, welche in dieser städtischen Oppositionsgruppe führten; so die beiden Advokaten Koch und Hahn, ferner Abraham Rudolf Wyss und Fürsprech Gottlieb Wyss. Aus altem, im 17. Jahrhundert noch einflussreichem Geschlecht stammte Prokurator Bitzius.

\*

Vorerst hatte es den Anschein, als ob die Liberalen auf eine Zusammenarbeit mit der Regierung hofften. Denn sie fanden bei einigen Patriziern der Vermittlungsgruppe Unterstützung. So besprach der junge Rudolf von Wattenwyl mit Stadt-

---

\* Caesar Bloesch, 1804—63. Dr. med. in Biel. Grossrat 1832, Gemeindepräsident von Biel.

\*\* Friedrich Sigmund Kohler, 1795—1871. Des Grossen Rates und Regierungsrat 1831, Regierungsstatthalter von Burgdorf 1840—46, Obergerichtspräsident 1846—50, Nationalrat 1848.

\*\*\* Besonders die Brüder Christian Emanuel und Franz Daniel Albrecht Jaggi von Gsteig.

Christian, 1794—1868. Des Grossen Rates und Oberrichter 1831, Regierungsstatthalter von Interlaken. Landammann 1844.

Albrecht 1796—1870, des Grossen Rates 1831—35, 1838—50, Regierungsrat 1846—49.

Ferner Johann Jaggi von Frutigen, 1799—1852. Grossrat 1831, Regierungsrat 1838—46.



schreiber Schnell allerlei Reformpläne. Verhörer Karl Ludwig von Wattenwyl\* strebte danach, mit Eduard Bloesch in Fühlung zu kommen. Der dem Schultheissen verwandte, liberal gesinnte Patrizier bat den Bieler Juristen, «ihm seine Ansichten schriftlich mitzuteilen». <sup>71)</sup> Andere Magistrate, deren Namen nicht genannt werden, besprachen sich mit Karl Koch. Dieser berichtete an Ludwig Schnell, dass ein Mitglied des Kleinen Rates bei ihm gewesen sei und sich erkundigt habe, «was er glaube, dass die Regierung tun solle, um so gut als möglich bei der bewegten See mit Sicherheit segeln zu können». <sup>72)</sup> Darauf antwortete Koch, die Regierung müsse schleunigst eine Kommission einsetzen und proklamieren, das ganze Land solle ihr seine Wünsche einreichen.

Auch Ludwig Schnell versuchte eine gütliche Einigung auf dem Wege gegenseitiger Aussprache. In diesem Sinne schrieb er seinem Schwiegervater, dem Ratsherrn Gatschet: «Wir haben die redlichste Absicht, den aufrichtigsten Wunsch, zur Sicherstellung des Vaterlandes beizutragen... Helfen Sie ja an einer Annäherung arbeiten.» <sup>73)</sup> Sogar Karl, der einige Wochen später verkündete, dass die alten Herren sich dem Willen des Volkes zu beugen hätten, äusserte sich in Briefen und Zeitungsartikeln sehr mäßig. Noch am 3. Oktober liest man in einem Brief an Hans: «Die armen Privilegierten sind verdammt, alles zu tun und vorzunehmen, was immer geeignet ist, sie in Misskredit zu bringen, dem Spott und Gelächter preiszugeben. Warum nicht lieber mit dem Volk als gegen das Volk?» <sup>74)</sup> Einige Tage später versicherte er einem weitem Publikum: «Die Gebildeten wünschen Evolution, nicht Revolution. Das ist der Grund, warum sie die allgemein gefühlten Mängel und Gebrechen öffentlich bezeichnen... Bei der tiefen Ruhe, die gegenwärtig im ganzen Kanton herrscht, verdient das Volk gar sehr, dass die gewünschte Verbesserung seiner politischen Lage von oben herab erfolge.» <sup>75)</sup>

Anzeichen des Planes einer gemeinsamen Reform ist das von den Burgdorfern im Oktober der Regierung eingereichte Memorial. Im Burgdorfer Stadtrat wurde nämlich am 15. Oktober angetragen, eine Adresse an die Regierung abzufassen, in welcher ihr Vorschläge zur Verfassungsänderung unterbreitet werden sollten. Zur Genehmigung dieser Adresse musste eine ausserordentliche Gemeindeversammlung einberufen werden, wozu die

---

\* Karl Ludwig Rudolf von Wattenwyl, 1779—1855. Des Grossen Rates 1807, Verhörer und Zentralpolizeidirektor 1807, Grossrat und Oberrichter 1831.

Anwesenheit des Oberamtmannes notwendig war. Der Präsident des Stadtrates, Venner Dürr, regierungstreu und ängstlich, rapportierte dem Oberamtmanne dieses Vorhaben. Dieser meldete es in Eile nach Bern und verlangte schleunigst Verhaltungsmassregeln. Die Gemeindeversammlung wurde verboten. Darauf richteten die Burgdorfer eine Anfrage an die Regierung. Sie erkundigten sich danach, «auf welchem Wege die Stadt Burgdorf der hohen Regierung ihre Teilnahme an der Wohlfahrt des schweizerischen Vaterlandes offen bezeugen und ihre aufrichtigen Wünsche für die schleunige Anwendung geeigneter Mittel zur Sicherung derselben gegen äussere und innere Stürme darbringen könne».<sup>76)</sup> Die Eingabe gipfelt in der Bitte «um Reform der Verfassung . . . als das vorzüglichste Mittel, der Schweiz die Zuversicht, Mut und Vertrauen wieder zu verschaffen». Am Schluss rief man der Regierung zu, die «Zeit der Ruhe und Ordnung» zu benutzen, damit eine Niederlage wie 1798 vermieden werde.<sup>77)</sup>

\*

Und doch gibt es daneben genügend Anzeichen für die k ä m p f e r i s c h e Einstellung der Burgdorfer. In der P r e s s e wurde meist ein Ton angeschlagen, der nicht sehr versöhnlich klang. Die Kampagne wurde schon im August eröffnet. In der «Neuen Zürcher Zeitung» erschienen irreführende Angaben über Unruhen in Bern.<sup>78)</sup> Man schob dem Patriziat unter, dass es Anschläge inszeniere, um einen Vorwand zu besitzen, die von Frankreich zurückkehrenden Schweizer Söldner, die sogenannten «Roten», anzuwerben. Als der Geheime Rat in Zürich um Angabe des Verfassernamens ersuchte, hiess es lakonisch, er sei ein Ehrenmann aus Bern und gut orientiert über diese Vorgänge. Darin hatte die Redaktion recht. Der Einsender, Professor Hans Schnell, war gut orientiert über diese Vorgänge. Denn niemand anders als er und seine Studenten waren es, welche die Unruhe gestiftet hatten.<sup>79)</sup>

In den Forderungen, welche in die ostschweizerischen Blätter eingerückt wurden, gingen die bernischen Liberalen weit über die Grenze dessen hinaus, was die Patrizier mit guter Überzeugung gewähren konnten. Was die Regierung als grosse Erleichterung ansah, die wirtschaftliche Lockerung und die Aufhebung drückender Steuern, gerade das lehnten die Liberalen ab: «Wenn die Regierung glaubt, sie wolle die Bürger des Kantons Bern durch Herabsetzung des Stempels, Abschaffung des Consumo und Verminderung der

Abgaben zufriedenstellen, so irrt sie sich gar sehr. Man verlangt Emanzipation, politische Freiheit.»<sup>80)</sup>

Neben den Angriffen, welche sich in der Presse nun häuften, fuhren die Liberalen fort mit der Zermürbungstaktik. Sie brannten Knallbüchsen innerhalb der Stadtmauer los. Auf dem Lande begannen sie in den unteren Volksschichten Wünsche nach wirtschaftlichen Reformen zu wecken. An Markttagen in Bern und in den Landstädten verbreiteten sie allerhand Gerüchte und falsche Nachrichten, um das Vertrauen in die Regierung zu untergraben. So wurde die Flüstermeldung herumgeboten, die Patrizier würden die Oesterreicher in die Schweiz rufen, wenn ihrem Regimente Gefahr drohe. Die Regierung konnte auf all die offenen und versteckten Angriffe nicht antworten. Die Leute verwunderten sich, dass die Verbreiter solcher Nachrichten nicht bestraft wurden. Schliesslich fingen sie an, zu glauben, was gegen das Patriziat vorgebracht wurde.

Auf diese Schläge antwortete das Patriziat mit Gegenmassnahmen. Schon im September wurde die «Neue Zürcher Zeitung» verboten. Bald darauf, am 15. Oktober, brachte Ratsherr von Büren im Kleinen Rate einen Anzug, es seien «Appenzeller Zeitung», «Beobachter» und «Nouvelliste Vaudois» ebenfalls zu verbieten. Der Geheime Rat, in welchem die Männer der Vermittlung um weniges überwogen, fand es zu gewagt, so viele Blätter auf einen Schlag zu verbieten, «obschon er einmütig den Unwillen teilt, welchen die genannten Zeitungen durch ihre unverkennbar auf die Umkehrung alles Bestehenden in der Schweiz hinzielende Tendenz dem Anzüger erweckt haben».<sup>81)</sup> — So beschloss der Kleine Rat, auf Antrag des Geheimen, allein die «Appenzeller Zeitung» zu verbieten, «weil es ein Libell ist, das offenbar und handgreiflich die Brandfackel der Empörung und einer gewaltsamen Auflösung der Verfassung in das schweizerische Volk zu werfen bemüht ist».<sup>82)</sup>

Der Erfolg war nicht gross. Selbst Fischer nennt dieses Mittel «ungenügend und gefährlich».<sup>83)</sup> Stettler, den Ultra zuneigend, muss gestehen, es sei dadurch ein allgemeines Unbehagen hervorgerufen worden, «da die Zürcher Zeitung unter der gebildeten Classe viele Leser hatte».<sup>84)</sup> Tillier, damals einer volksfreundlichen Politik zugehörig, entsetzt sich über diese «unbedeutende Massregel», welche die Regierung nur «verhasst und, was bisweilen noch gefährlicher ist, lächerlich» mache.<sup>85)</sup> Die Patrizier hatten die alte Weisheit ausser acht gelassen, dass verbotene Frucht zum Genusse reizt. Die Bewegung gewann dadurch nur. Sie suchte sich auf anderem Wege

Luft zu machen. — Der Regierung blieb keine Waffe mehr. Immerhin versuchte sie, für ihre Ideen im Volke zu werben, indem sie dem Gouvernentalorgan, der «Neuen Schweizer Zeitung», die Aufgabe erteilte, gegen die Verbreitung schädigender politischer Einflüsse zu kämpfen. Ende Oktober zeigte Ratsherr von Lerber an, dass Hauptmann Victor Emanuel Thellung von nun an die Redaktionsgeschäfte übernehmen werde. Dieser leitete den neuen Kurs mit eindeutig scharfen Worten ein.

Wo die Liberalen mit ihren prinzipiellen Forderungen nun auftraten, da erfuhren sie von den Patriziern strikte Ablehnung. Bloesch beklagte sich in einem Briefe an Verhörer von Wattenwyl darüber, dass dieser ihm zu verstehen gegeben habe, «jeder Versuch einer Verfassungsmodifikation im demokratischen Sinne sei vergeblich, ja nicht ratsam».<sup>86)</sup> Als Antwort auf seine Vorschläge erhielt er die knappe Aufforderung: «Empfehlen Sie Ruhe und Mäßigung. Das Bearbeiten des Volkes ist nicht klug.»<sup>87)</sup> Am deutlichsten jedoch leuchtete die Stimmung im Patriziat dort durch, wo man sich über das Burgdorfer Memorial aussprach. Auf die alarmierende Meldung des Oberamtmanns Effinger \* antwortete der Geheime Rat dem getreuen Beamten in der aufrührerischen Stadt, dass er das Verfahren des Stadtrates auf keinen Fall dulden dürfe. Denn dieser sei «incompetent, Vorschläge und Klagpunkte hinsichtlich der Verfassung des ganzen Kantons in Beratung zu nehmen».<sup>88)</sup> Das einzige Forum, vor welches solche Gegenstände gehören, sei der souveräne Rat; an diesen wies man die aufdringlichen Burgdorfer. Damit lehnte die Regierung es ab, sich von unten herauf Wünsche aufdrängen zu lassen.

\*

Die Liberalen waren erbittert über die Haltung der Regierung. In der Folge sahen sie ganz davon ab, in der Zusammenarbeit mit der Regierung an einer Verfassungsreform zu wirken. Sie waren nun entschlossen, ihren Willen gegen denjenigen der Regierung durchzusetzen.

Als erster verlor der leidenschaftliche Hans Schnell die Geduld und forderte seinen Bruder zu planmäßigen Handlungen auf: «Herr Koch meldet mir, dass sein Freund (der Ratsherr) zu zögern scheint,

---

\* Ludwig Friedrich von Effinger, 1795—1867. Des Grossen Rates 1825, Oberamtmann in Burgdorf 1829—31, Stadtseckelmeister in Bern 1833 und Gemeindepräsident 1849.

was jenen wie billig ärgert. Vorwärts nun und alles publiziert. Die Öffentlichkeit ist einzig wirksam.»<sup>89)</sup> So wurde die r e v o l u t i o n ä r e B a h n betreten. Auf einem Flugblatte teilten die Schnell der Allgemeinheit in Kürze mit, wie sie von der Regierung für wohlgemeinte Anfragen behandelt worden seien. Sie gaben dem Blatt den Titel: «Wie soll man im Kanton Bern der Regierung politische Wünsche vorbringen.» Das war eine offene Kampfansage an die patrizischen Herren. — Selbst Ludwig Schnell, der ruhig Bedächtige, gab Rudolf von Wattenwyl zu verstehen, dass jetzt eine Einigung kaum mehr in Frage komme; es sei denn, die Regierung gebe das aristokratische Prinzip freiwillig auf.<sup>90)</sup> In seinem Tagebuch bekennt er: «Ich hatte mich an die Spitze der Unzufriedenen gestellt, nicht um sie zu hetzen, sondern um sie von Unbesonnenheit abzuhalten; jetzt konnte ich nicht mehr zurücktreten. An eine Verständigung zwischen Volk und Regierung war nicht mehr zu denken, die Kluft war zu gross, die Stellung der Parteien zu schroff.»<sup>91)</sup>

Von nun an schlossen sich die Liberalen des ganzen Kantons enger zusammen. Es wurde eine Organisation ins Leben gerufen. Die zu unternehmenden Aktionen wurden untereinander verabredet und «eine förmliche Conspiration zu Erzweckung einer freisinnigen Verfassung» gebildet.<sup>92)</sup> Die nächste Folge dieses engeren Zusammenschlusses war eine auf den 3. Dezember nach Burgdorf einberufene V e r t r a u e n s m ä n n e r v e r s a m m l u n g. Dort wurde die Volksbewegung über den ganzen Kanton hin organisiert. Die bisher kaum in Fühlung untereinander stehenden Freisinnigen entwarfen einen gemeinsamen Plan. Ferner wollten sie im Hinblick auf die kommende Sitzung des Grossen Rates einen gewissen Druck auf die Regierung ausüben. So meinte es wenigstens ein anonymer Vertrauensmann, der Ludwig Schnell riet, nun überall im Kanton Volksversammlungen einzuberufen, «damit die Regierung die Bewegung nicht als Werk unruhiger Schreier ausgiebt. Es braucht ja dabei nichts besonderes verhandelt zu werden, wenn es nur überall und namentlich in Bern bekannt wird, dass solche Versammlungen Platz gehabt haben».<sup>93)</sup>

Aus den bisherigen Erfahrungen hatten die Liberalen gelernt. Als der Oberamtmann Effinger die Versammlung aufheben wollte, wussten sie schlagfertig zu antworten. Sie schoben der Regierung die Verantwortung für einen unglücklichen Ausgang zu: «Sollte die Regierung ferner in ihrem Starrsinne verharren, so will ich hiemit alle Verantwortlichkeit wegen des kommenden Unglücks von uns



ab und auf die Regierung gewälzt haben.»<sup>94)</sup> So gibt die «Appenzeller Zeitung» die Rede Hans Schnells wieder. Es fällt auf, dass die Liberalen nicht mehr davor zurückschreckten, die Regierung zu Reformen zu zwingen. Je mehr dieser Kampfwille führte, desto mehr traten Hans und Karl Schnell in die Arena, während der bisher führende Ludwig sich zurückzog. Ebensoweit wie jene war auch der kühle Rechner Samuel gekommen, der seinem Freunde Stapfer nach Paris meldete: «Das Familienregiment muss jetzt weichen. Es bedarf nurmehr einer kleinen Gewalttat, so stürzt das Land zu allen Toren in unsere Stadt hinein, um dann — wehe den Unsinnigen, die solange zauderten — mores zu lehren.»<sup>95)</sup>

\*

Auf diese revolutionäre Wendung war das Patriziat nicht vorbereitet. Noch wähnte es sich im Besitze aller Macht, während es im Grunde auf niemanden mehr recht zählen konnte, und in den Mauern der eigenen Stadt die Opposition immer grösser wurde. Die Regierung unternahm wenig. Der Kleine Rat befasste sich, als lebte man in ruhigsten Zeiten, mit den gewöhnlichen Verwaltungsgegenständen. — Der erste aufschreckende Schlag war die Entdeckung des Burgdorfer Flugblattes. Sofort leitete der Geheime Rat eine Untersuchung ein, um zu erfahren, aus welcher Druckerei das Blatt stamme. Doch als gemeldet wurde, es sei in Burgdorf, bei Meyer und Fromm, gepresst worden, da wurde nichts weiteres mehr unternommen.

Schon war die Regierung, die noch im Oktober glaubte, Herr der Lage zu sein, in die Defensive gedrängt. Sie war durchaus im Rechte, wenn sie nach Verfassung und Gesetz den Aufständischen mit Gewalt begegnete. Aber sie zauderte, die Unruhestifter zu verhaften. Untätig sah sie zu, wie die Flut stieg. Die Beschlüsse waren bloss noch vorsorglicher Natur. Die Entschlossenheit, zu ausserordentlichen Mitteln zu greifen, war geschwunden.

Als in den Nachbarkantonen Aargau und Solothurn die Restaurationsregierungen dem Drucke der Volksbewegungen wichen, da schien der Geheime Rat kurze Zeit selbstbewusst handeln zu wollen. Den Oberamtännern ging der Befehl zu, alle aus Nachbarkantonen überlaufenden Aufwiegler sofort gefangenzunehmen. Auf Vorschlag des Geheimen Rates wurden vom Kleinen Rat Truppen einberufen. Das Kommando wurde zwei sehr entschlossenen Ultra anvertraut. Den Oberbefehl erhielt Oberamtman Effinger von



Wangen; zum Stabschef wurde Ratsherr von Büren ernannt. Nach aussen hin wurde diese Massnahme mit der im Bundesvertrag festgesetzten Bundespflicht der gegenseitigen Hilfeleistung bei innern Unruhen begründet. Natürlich dachte man, der Funke möchte irgendwo über die eigenen Grenzen geflogen kommen und einen Landesteil in Brand stecken.

Bei all dieser Kraftentwicklung schaut immer irgendwo die Unentschlossenheit der damaligen Staatsmänner durch. Wohl wurden verantwortliche Truppenkommandanten ernannt. Aber sie wurden in ihren Vollmachten stark eingeschränkt. Der Befehl lautete: «Truppen marschfertig machen, dass auf den ersten Befehl ein Aufbruch möglich wird. Sämtliche Aufgebote bereithalten, ohne sie jedoch abgehen zu lassen.»<sup>96)</sup> Einem Gremium uneiniger Politiker war also der letzte Entschluss über den Einsatz der militärischen Machtmittel anvertraut. Es wird offenbar, dass die Regierung die Aufgebote nicht zur Gewaltanwendung benützen wollte. Sie wollte auf keinen Fall Blut vergiessen. — Im Grunde verlegte sie sich auf gütliches Verhandeln, stellte immer noch auf den anscheinend ungeschmälernten Einfluss der Oberamtmänner ab. Solcher Verhaltensbefehle an die obrigkeitlichen Beamten treffen wir viele. Es wird empfohlen, alle politischen Versammlungen zu verhindern; die Oberamtmänner sollten den Anstiftern erklären, dass sie für alle Folgen verantwortlich seien. Bei Unordnung gar solle der «Oberamtmann alles vorkehren, um die Ordnung zu wahren und schleunig berichten».<sup>97)</sup> Wie unbestimmt! Welch kleines Mass an Drohmitteln, welches Minimum erst an wirksamen Machtmitteln! Ein Beispiel für viele. Als die Regierung vernahm, dass auf den 3. Dezember in Burgdorf jene Vertrauensmännerversammlung stattfinden werde, da hiess sie den Oberamtmann von Graffenried von Fraubrunnen \* den Rechtsagenten Leuenberger vorzunehmen und genau auszufragen, was Ludwig Schnell mit ihm verhandelt habe, und soviel als möglich von den Vorbereitungen für die geplante Zusammenkunft herauszubringen. Welches Ergebnis diese Untersuchung zeitigte, ist unbekannt. Sicher ist, dass die Regierung davon keinen entschlossenen Gebrauch machte. Das bestätigt der Verlauf der Burgdorfer Versammlung. — Alle diese Massnahmen waren zum Scheitern verurteilt, weil der Wille fehlte, das patrizische System unbedingt zu verteidigen. Da die Gegenpartei erkannte, wie es um

---

\* Sigismund Rudolf von Graffenried, 1780—1858. Oberst 1813, des Grossen Rates 1814, Oberamtmann zu Fraubrunnen 1821—30.

die Verteidigung der patrizischen Rechte bestellt war, da sie zugleich erfahren hatte, dass Entgegenkommen nicht zu erwarten sei, begann sie sich zu organisieren, um ihre Forderungen durchzusetzen.

\*

Trotz dieser stark verfahrenen Lage geschah etwas, was die Liberalen nicht erwartet hatten. Es kam so weit, dass die Regierung dem Hauptwunsche der Volksführer entgegenkam und eine Kommission niedersetzte, welche die Wünsche des Landes vernehmen sollte. Es war der Beschluss der denkwürdigen Grossratssitzung vom 6. Dezember 1830.

Wie war es zu dieser plötzlichen Wendung gekommen, die noch einmal alles Gute erhoffen liess? Dies ist zur Hauptsache das Verdienst des Schultheissen von Wattenwyl. Er verband sich mit den Liberalen im Kleinen Rate und konnte so die Mehrheit der Stimmen auf seinen Vorschlag vereinigen. Er blieb nach wie vor auf dem Standpunkte, dass man Neuerungen durchführen müsse, bevor sie von unten aufgedrängt würden. Darum betrachtete er das Burgdorfer Memorial als letztes Signal vor einem heraufziehenden Sturme. In der Sitzung des Kleinen Rates vom 3. November beantragte er, «eine Revision der Grundgesetze vorzunehmen, da es zeitgemäßes und dringendes Bedürfnis sei». <sup>98)</sup> Die Mehrheit des Rates verhielt sich ablehnend. Ratsherr von Büren vermerkte in seinem Tagebuch: «Traurige Deliberation, wo die traurigsten Ansichten an den Tag gelegt wurden. Man trug sogar darauf an, sofort eine Commission einzusetzen, die Mängel der Verfassung zu untersuchen und geeignete Anträge zu bringen. Auch Schultheiss von Wattenwyl sprach in diesem Sinne.» <sup>99)</sup> — Doch der greise Schultheiss gab den Kampf nicht auf. Am 5. November gab er in «weitschweifiger Rede» bekannt, dass er vor der künftigen Grossratssitzung «den Anzug zu tun gedenke, die Wahlform des Grossen Rats abzuändern». <sup>100)</sup> Sein Verhalten wurde vom Grossteil des Patriziats missbilligt. Stettler wollte wissen, dass Wattenwyls Sohn der eigentliche Urheber dieses Anzuges sei, hinter diesem aber stecke sein Lehrer Samuel Schnell. Im übrigen sei der alte Schultheiss «von jeher der Volksvertretung nicht abhold gewesen». <sup>101)</sup> Über die Wirkung dieser Motion haben später einige Patrizier ein etwas einseitiges Urteil abgegeben. Sowohl Fischer als der Historiker Bernhard Zeerleder betonen, dass dadurch der «Anstoss zur Revolution» gegeben worden sei. <sup>102)</sup> Jedenfalls darf man die Bedeutung dieser Kleinrats-

sitzung nicht unterschätzen. Ihr kläglicher Ausgang war ein Ansporn für die Liberalen. Durch die liberalen Ratsherren erhielten Koch und Schnell Nachricht über die erregte Sitzung. Durch Gerüchte wurde der Tatbestand entstellt. Man glaubte ausserhalb der Stadt an einen tiefgehenden Zwist in den patrizischen Kreisen. Dies mag die Opposition in ihrem Treiben bestärkt haben. Je mehr man sich im Ratsaal entzweite, desto selbstsicherer konnten die Liberalen handeln. Und dass man im liberalen Lager über die Auftritte immer auf dem laufenden blieb, dafür sorgte der liberale Nachrichtendienst. So wurde die Regierung verachtet, wo die Liberalen sich der Sache bei der Gegenpartei sicher fühlten. Sie wurde verhasst, wo die Gegner Zurückstossung und Beleidigung empfanden. Beides aber reizte zu weiterem Vorgehen.

Der Grossrats-sitzung ging am 5. D e z e m b e r eine S i t z u n g v o n R a t u n d X V I voran. Es wurde folgender Vortrag an den Grossen Rat vorbereitet: «Es sollen alle Anzüge und Anträge von Standesgliedern und andere auf gesetzlichem Wege einlangenden Vorschläge über bleibende Veränderungen der Verfassung einer Standescommission von 11 Mitgliedern zugewiesen werden.»<sup>103)</sup> — Am folgenden Tage nahm der Grosse Rat diesen Vortrag an und erhob ihn zum Beschluss. Schultheiss Fischer empfahl ihn. Von von Wattenwyl und den liberalen Ratsherren wurde er lebhaft unterstützt. Die Abgeordneten des Landes verhalfen ihm durch ihre grosse Stimmzahl zum Siege. Stadtschreiber Schnell stellte den Antrag, die Regierung möge eine Proklamation erlassen, in welcher sie das Landvolk aufmuntere, seine Wünsche und Begehren in Form von Bittschriften einzureichen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass die gewünschte Annäherung zwischen Regierung und Volk dadurch beschleunigt werde. Die Standeskommission wurde gleich gewählt. Es befanden sich nur vier Patrizier darunter, der liberale Ratsherr Tschärner, Schultheiss von Wattenwyl, der mit den Liberalen sympathisierende Grossrat Frisching von Rümli<sup>gen</sup> \* und der den Ultra nahestehende Ratsherr Zeerleder. Ihnen zur Seite standen fünf Vertreter der Landschaft und zwei Stadtbürger, die Fürsprecher Koch und Hahn. Wattenwyl wurde zum Präsidenten der Kommission gewählt.

Kurz darauf erschien die Proklamation. Sie war in versöhnlichem Tone gehalten. Eine gütliche Lösung schien jetzt möglich.

---

\* Johann Rudolf Frisching, 1761—1838, des Grossen Rates 1795, 1803. Des Helvetischen Kleinen Rates 1802. Besitzer von Rümli<sup>gen</sup>.

Die Regierung anerkannte öffentlich, dass «die im Laufe der Zeit herbeigeführten Veränderungen der bürgerlichen und politischen Verhältnisse Abänderungen der bestehenden konstitutionellen Gesetze und Verordnungen zur Folge haben müssen».<sup>104)</sup>

Diese plötzliche und überraschende Übereinkunft erschien den meisten als glückliche Lösung. Noch einige Tage vorher hatte gewaltige Angst die Stadt bedrückt. Man hatte einen bewaffneten Zug des Landvolkes in die Stadt befürchtet. Deshalb war am 4. Dezember eine Bürgerwache rekrutiert worden. Die Regierung war damals so nachgiebig gewesen, dass sie den Gliedern der Wache nicht nur die Wahl der Offiziere, sondern sogar die Bestimmung der zu übernehmenden Pflichten überliess. Von den zwei Kandidaten, Oberst Gatschet und Oberstleutnant Hahn, war der volkstümlichere Nichtpatrizier gewählt worden. Stettler hatte darin ein böses Omen gesehen, da er dem «zum Volksführer und vielleicht zur Rolle eines bernischen Lafayette geeigneten» Advokaten aufs höchste misstraute.<sup>105)</sup>

### 5. Letzte Entscheidungen

Wiederum erhebt sich die Frage: Was führte denn zur Revolution, da man doch eben zu einer geschickten Vereinbarung gekommen war? Die Schuld tragen auf beiden Seiten die *Extremen*. Hans und Karl Schnell, immer mehr Haupttreiber der Volksbewegung, schoben den vermittelnden Ludwig beiseite. Sie wollten vor allem den neuen *Prinzipien* zum Siege verhelfen. Auf der Grundlage der Volkssouveränität musste der neue Staatsbau errichtet werden. Sie wussten aber genau, dass die Mehrzahl der Patrizier vom Grundsatz der Souveränität des Grossen Rates nicht abweichen werde. Deshalb lenkten sie die Bittschriften in die ihnen wünschbaren Bahnen und flössten dem Volkswillen ihm fremde Gedanken ein. Im Hintergrunde solcher Pläne mochte wohl auch schon der Gedanke schweben, dass eine Reform nicht vom Patriziat ausgehen dürfe, sondern vom Volke selbst.

Im Patriziate andererseits waren nicht zu unterschätzende Kräfte tätig, welche auf eine Niederschlagung des Volkswillens hinstrebten. Noch immer besaßen die Ultra eine überwiegende Anhängerschaft im Patriziat. Ihre Sprecher waren der Seckelmeister von Muralt und der Ratsherr von Büren. Der Glaube an einen Sieg über die Volksaufwiegler war noch immer so stark, dass Ratsherr von Büren plante, am 6. Dezember einen Antrag auf Diktatur einzureichen. In einer oder drei Personen wünschte er eine «Staatsdiktatur auf die

Dauer von 6 Wochen» zu errichten. Diesem Triumvirat wollte er unbeschränkte Vollmacht zur Leitung aller «politischen und militärischen Gegenstände» übergeben.<sup>106)</sup> Der Antrag wurde vom Kleinen Rate nicht angenommen. Aber aus diesem Milieu wurden in der Folge immer wieder Vorstösse unternommen, um der Volksbewegung mit Waffengewalt entgegenzutreten. Die Gegenpartei erhielt Wind von solchen Versuchen. Die entstellenden und übertreibenden Gerüchte blieben nicht aus. Entbehrten diese Versuche auch jeden Erfolgs, so reizten sie doch in schädlicher Weise.

\*

Die B i t t s c h r i f t e n s a m m l u n g wurde von den liberalen Führern organisiert. Ihnen war nicht entgangen, dass im breiten Volke kein grosses Bedürfnis nach Verfassungsänderung bestand. In staatsrechtliche Fragen war das Bernervolk erst nicht eingeweiht. Es hätte gerne Zehnten und Bodenzinse abgeschüttelt und sich unangenehmer Steuern entledigt. Zur Aufhebung dieser Lasten bedurfte es aber keiner Staatsreform. Deshalb mussten die Volksführer dafür besorgt sein, dass in den Bittschriften die Unhaltbarkeit des alten Systems zum Ausdruck komme. Zu diesem Zwecke diente ein von den Burgdorfern entworfenes «Schema zur Einreichung der Wünsche».<sup>107)</sup> Dieses sogenannte «Burgdorferblättchen» enthielt in Kürze alle grundsätzlichen Forderungen der liberalen Staatsdenker, die Gedanken der Volkssouveränität, der Gewaltentrennung, der Gleichheit, der Presse- und Petitionsfreiheit.

Den Vertrauensmännern auf dem Lande wurde das Propagandablättchen zugestellt. Es erging an die Burgdorfer eine Anfrage nach der andern. In der Landschaft war man besorgt, man könnte bei der Abfassung der Bittschriften wichtige Punkte vergessen haben. So bat der spätere Grossrat Mürger von Schüpfen Schnell um ein «Formular der Volkswünsche», damit man in den «allgemeinen Begehren übereinkomme».<sup>108)</sup> Für einzelne Gemeinden bat er Karl Schnell um Abfassung der ganzen Bittschrift. In ähnlicher Weise bat der Bürgermeister des Städtchens Büren um ein Schema, «um solches der Gemeinde zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen und nachher auch den Gemeinden des Amtes zur Erzweckung grösserer Vereinigung zugehen zu lassen».<sup>109)</sup> — In Nidau schien das Volk durchaus keinen Sinn für Verfassungsänderung aufbringen zu wollen. Advokat Kohler erliess einen Hilferuf nach Burgdorf: «Es sind zum Teil absurde Begehren formuliert worden, die auf die



Verfassungsänderung durchaus keinen Bezug haben und der guten Sache weit eher nachteilig als vorteilhaft sein können.»<sup>110)</sup> Als Städter hatte er bereits Angst vor einer Bauernregierung. Er betonte, dass man die Landbevölkerung unbedingt davon abbringen müsse, die Abschaffung von Zehnten und Bodenzinsen zu verlangen. Dadurch würden die Städter geschädigt.

Die Burgdorfer entfalteten ihre P r o p a g a n d a noch auf andere Weise. Ende Dezember erschien ein gedruckter Aufruf an das Volk, dessen Titel lautete: «Wohlgemeinter Rat an das Berner Volk bei Einreichung seiner Wünsche an die Regierung auf den Neujahrstag 1831, verfasst von Dr. Johann Schnell.» — Die «Appenzeller Zeitung» diente auch als Sprachrohr. Karl Schnell liess dort ein Schema erscheinen. Er begleitete es mit ziemlich aufwieglerischen Worten. Sie waren gegen die Berner Regierung gerichtet. Vom Wunsche, dass das Volk einzig und allein über sein politisches Schicksal bestimmen solle, wurde kein Hehl gemacht. Was dann am 10. Januar als Notwendigkeit hingestellt wurde, ist hier bereits angetönt: «Die neue Verfassung darf nicht vom Grossen Rate, sondern muss von einem vom Volk dazu erwählten Verfassungsrat beraten werden. Denn dieser Grundsatz entspricht dem Prinzip der Volkssouveränität.»<sup>111)</sup> Zum Schluss tauchte die Forderung nach Neuwahlen der Behörden durchs Volk auf. Ein weiteres Anzeichen dafür, wie sehr seit dem 6. Dezember die Stimmung der Schnell umgeschlagen hatte, war die Kritik an der Regierungsproklamation. Eben noch als Fortschritt gebilligt, sollte sie zum Kampf herausfordern: «Die Bemerkung ‚Angehörige‘ statt Kantonsbürger ist ein untrügliches Zeichen, dass das Volk noch nicht gekannt ist.»<sup>112)</sup>

Trotz einzelnen Schwierigkeiten war das Resultat des Propagandafeldzuges für die Leiter befriedigend. Die Grosszahl der 590 eingegangenen Bittschriften war so abgefasst, wie die Burgdorfer es gewünscht hatten. Verschiedenenorts hatten sich die Gemeinden eines Bezirks, durch Vertrauensmänner vertreten, über die Eingaben geeinigt, so die Seeländer in Biel unter Leitung von Dr. Caesar Bloesch und die Oberländer in Gwatt bei Thun unter Leitung von Dr. Mani. — Unter den beinahe 600 Bittschriften entdeckt man viele, welche wörtliche Übereinstimmung, ja sogar die gleichen Schriftzüge aufweisen. Die Wünsche stehen oft in krassem Widerspruch zu den Einleitungen, in denen man der Obrigkeit das volle Vertrauen ausspricht und Ergebenheitserklärungen abgibt. Dann folgt die Flut der Abänderungswünsche, deren einziges Ziel es war, die eben gelobte Regierung zu beseitigen. Diese Tatsache ist der

beste Beweis dafür, dass die bernische Staatsumwälzung nicht aus einer allgemeinen Unzufriedenheit des Volkes erwachsen ist. Sie war das Werk einer rührigen Mittelschicht, die ans Licht drängte. — Eine Bestätigung dieses Vorganges ergibt sich aus den Berichten der Oberamtämänner, welche dem Schultheissen Fischer im Laufe des Jahres 1831 eingesandt wurden. Überall ist darin das stufenweise Anwachsen der Opposition zu verfolgen. In der Regel betonen die patrizischen Beamten, dass von einer organisierten Bewegung erst nach dem 6. Dezember zu sprechen sei. Rechtsagenten, reiche Bauern und einflussreiche Gerichtssässen hätten die Gutgesinnten eingeschüchert. Der Oberamtmann von Obersimmental meldet kurz: «Nach dem Dekret vom 6. Dezember spukte es plötzlich in allen Köpfen.»<sup>113)</sup> Nach diesem Datum war also die revolutionäre Tätigkeit der Burgdorfer gleichsam legal geworden.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass eine ganze Reihe von Bittschriften, unberührt von der Burgdorfer Propaganda, der Regierung ein eindeutiges Lob aussprachen. Sie stammten aus dem Oberland, dem Emmental und dem Mittelland. Insbesondere die Bevölkerung des Frutigtales und Seftigenamtes sprach sich eindeutig für das Alte aus. So erhielt der Oberamtmann von Tavel in Frutigen von einem Untergebenen die Versicherung, dass «das Landvolk dem Burgdorfer Beschlusse durchaus nicht beistimme».<sup>114)</sup> Jede Gemeinde wolle die Regierung behalten, und das ganze Oberamt wolle der Regierung alle mögliche Hilfe leisten.

In Bern ahnte man, mit was für Mitteln von Burgdorf aus gewirkt wurde. Am 8. Dezember erliess der G e h e i m e R a t an alle Oberamtämänner ein K r e i s s c h r e i b e n , in welchem er sie ermahnte, «dafür zu sorgen, dass in den Beratungen eine ungezwungene Gedankenäusserung stattfinde». Man empfahl ihnen, besonders darauf zu achten, ob nicht «herumschweifende Aufwiegler die Gemeinden bearbeiten und hinterlistigerweise denselben Entwürfe zu Vorstellungen eingeben und anpreisen».<sup>115)</sup> Aber die Waffen, deren sich die Regenten bedienten, waren denen der Angreifer selten ebenbürtig. Die Taktik der Regierung bestand darin, «soviel als möglich mit den Leuten selbst zu reden und ihnen vorzustellen, dass der Zweck, die Bedürfnisse und Wünsche des Volkes und der Gemeinden zu kennen, nicht erreicht werden könne, wenn diese sich zu den nämlichen Eingaben vereinigen».<sup>116)</sup> Die Vorgesetzten und angesehenen Männer sollten vertraulich auf die Absichten der Regierung aufmerksam gemacht werden und die Gutgesinnten angespornt werden, «dass sie ihre konservatorischen Wünsche eben-

falls anbringen».<sup>117)</sup> Diese Politik der Güte wurde aufrechterhalten, bis der Oberamtmann Effinger von Burgdorf am 15. Dezember meldete, der hiesige Petitionsentwurf bezwecke nichts weniger als den «radicalen Umsturz der Verfassung».<sup>118)</sup> Den schlechten Eindruck verstärkend kam am 20. Dezember die Nachricht von Fraubrunnen, dass «die meisten Bittschriften im Sinne der Burgdorfer Aufwiegler ausfallen dürften».<sup>119)</sup>

Jetzt ging Schreiben über Schreiben in die gefährdeten Amtsbezirke ab. In allen wurde «das überspannte Formular» missbilligt.<sup>120)</sup> Den Oberamtmann von Erlach von Konolfingen\*, der von seiner Gegenpropaganda berichtete, munterte man zur Fortsetzung auf, doch so, «dass eure amtliche Stellung sowenig als möglich hervortritt».<sup>121)</sup> Nach Thun erging an Oberamtmann Steiger\*\* die Ermunterung, es möge ihm gelingen, «einzelne Gemeinden zur Abfassung von guten und gemäßigten Eingaben zu bewegen».<sup>122)</sup> Der Gemeinde Toffen soll am Weihnachtstag Dank gesagt werden «wegen der von einer unwandelbaren Treue zeugenden Vorstellung».<sup>123)</sup>

Darauf beschränkten sich die amtlichen Gegenzüge. Die Ultra drängten auf Taten. Aber die Anhänger des Schultheissen von Wattenwyl konnten verhindern, dass Gewalt angewandt wurde. Von den heftigen Auseinandersetzungen im Kleinen und Geheimen Rate berichten die Protokolle nichts. Eine um so deutlichere Sprache führen die Tagebücher. Seckelmeister von Muralt trug im Geheimen Rate an, es sei der «Amtsschreiber Schnell als einer der tätigsten Unruhistifer zu verhaften».<sup>124)</sup> Da habe — so klagt Muralt seinem Jugendfreunde Stettler —, obschon ein fester Beschluss gefasst worden sei, Schultheiss Fischer diese Verfügung wieder rückgängig gemacht. Muralt wollte darauf sein Seckelmeisteramt und die Stelle im Geheimen Rate niederlegen. Nur dem Einfluss von alt Seckelmeister von Jenner war es zu verdanken, dass er in diesen unruhigen Tagen auf seinem Posten blieb. Kaum zehn Tage später empfahl der Geheime Rat dem Kleinen militärische Vorkehren. Im Kleinen Rate entbrannte darob ein heftiger Streit mit dem Ausgang, dass die vom Geheimen Rate empfohlenen Massnahmen abgelehnt wurden. Schultheiss von Wattenwyl und alt Seckelmeister von Jen-

---

\* Ludwig Robert von Erlach, 1794—1871, der Sohn des Generals Karl Ludwig von Erlach, der 1798 fiel. Des Grossen Rates 1824 und 1838. Oberamtmann von Konolfingen 1826. Besitzer von Hindelbank.

\*\* Alexander Bernhard Steiger, 1774—1858. Des Grossen Rates 1803, Oberamtmann von Nidau 1808—14, von Thun 1821—31.

ner kamen in dieser Sitzung so hart aneinander, dass Jenner den Vorfall einer ausführlichen Schilderung in seinem Tagebuch wert erachtete. «Erbärmlichkeit über Erbärmlichkeit! Was wird die Geschichte einst von einer solchen Regierung sagen?» trug Ratsherr von Büren seinerseits ein, nachdem er sich über das «lächerliche Benehmen» des Schultheissen von Wattenwyl ausgelassen hatte.<sup>125)</sup>

Ob die Anwendung von Waffengewalt am Erfolg der Revolutionäre etwas geändert hätte? Jedenfalls nur dann, wenn ohne Zögern und Zaudern zur gewaltsamen Eindämmung der Bewegung geschritten worden wäre. Der Oberamtmann von Interlaken, Steiger, schrieb dem Schultheissen Fischer nachträglich: «Die Regierung hätte noch im Dezember grosse Unterstützung gefunden, wenn nur das hiesige Militär aufgeboten worden wäre. Aber die Gerüchte von der Uneinigkeit der Regierung und der Burgerschaft der Hauptstadt machten einen sehr üblen Eindruck.»<sup>126)</sup> Will man in den Spiegel der Zeitereignisse sehen, so muss man einen Blick in Stettlers Tagebuch werfen. Er klagt, dass die Regierung zu keinen Taten schreite, wo sie doch mit wenig Kraftentwicklung Herr der Lage sein könnte. «Was Wunder aber, wenn alle Getreuen die Regierung entweder der Furcht und Schwachheit beschuldigen oder gar des Einverständnisses mit den Revolutionären. Was sollen die Schafe, wenn die Wölfe einbrechen und die Hirten selbst den Stall öffnen oder davonlaufen? Abermals sinkt Bern durch die traurige Unentschlossenheit seiner Vorsteher.»<sup>127)</sup>

Noch blieb als letzte Hoffnung zu Ende des alten Jahres die **T a g s a t z u n g**. Schultheiss Fischer klammerte sich an diesen Rettungshalm. Er dachte an die im Bundesvertrag niedergelegte gegenseitige Garantie der Kantonsverfassungen. Er sollte bitter enttäuscht werden. Eine Intervention wurde abgelehnt. Dagegen einigte sich die Tagsatzung darauf, dass es jedem Stande freigestellt sei, die Verfassungen abzuändern, ohne dass es die Gesamtheit etwas angehe. Fischer schrieb nach Bern: «Il ne faut compter sur aucune influence salutaire. Tous les gouvernements renversés tendent à entraîner les autres pour ne pas être en disparité.»<sup>128)</sup>

So ging das alte Jahr für das bedrängte Patriziat wenig verheissungsvoll zu Ende. Die Regierung des stolzen Standes Bern stand vereinsamt auf ihrem Posten. Sie fürchtete einen offenen Ausbruch des Volkes und versuchte notdürftig, sich dagegen vorzusehen. Am 28. Dezember schien Schultheiss Fischer gewisse Anhaltspunkte zu haben. Wenigstens meldete er dem Polizeidirektor von Wattenwyl, ein offener Ausbruch stehe bevor, «parce que les



idées révolutionnaires sont bien plus répandues que généralement on le pensait». <sup>129)</sup> Bald verdichteten sich die Gerüchte, und man vernahm, dass auf den 10. Januar eine Volksversammlung geplant sei. Es hiess, man wolle auf diese Weise die Regierung unter Druck setzen und, «wenn sie die Artikel von Burgdorf bis zum 10. Januar noch nicht angenommen habe, so wolle man gegen Bern rücken und mit Gewalt die Regierung dazu zwingen». <sup>130)</sup>

Es ist begreiflich, dass die Mitglieder des Geheimen Rates unter solchen Umständen nicht sehr frohe Neujahrstage verbrachten. Der Geheime Rat erteilte am 3. Januar dem Oberkommandanten Effinger den Befehl, «von jetzt an Bern nicht mehr zu verlassen, um die Stadt gegen allfällige Angriffe zu verteidigen». <sup>131)</sup> Man glaubte, die Revolutionäre könnten vor dem 10. Januar erscheinen, «um mittelst eines Andranges auf die Stadt ihren Begehren Willfährung zu erzwingen». <sup>132)</sup> Im Kleinen Rat sollte am 3. Januar auf Vorschlag des Kriegsrates die Errichtung einer stehenden Garnison von 600 Mann beschlossen werden. Nach «heftiger Deliberation» wurde der Antrag abgelehnt. <sup>133)</sup> Mehr Rückgrat zeigte Oberst Effinger in seiner am 5. Januar erlassenen Proklamation. Obschon er die «zeitgemässen Veränderungen der Verfassung als notwendig» bezeichnete, betonte er, dass er die «ihm übertragene Gewalt brauchen werde, um die Regierung bei der Freiheit ihrer Beratungen zu beschützen». <sup>134)</sup> Trotzdem konnte der am 5. Januar im Seeland ausbrechende Aufruhr von den Truppen nicht niedergeschlagen werden. Ein kleines Kontingent Berner Truppen musste vor den Aufständischen abziehen.

\*

Noch einmal gab es in diesem ungleichen Kampf eine kleine Ruhepause. Am 7. Januar versammelte sich der Kleine Rat samt den Sechzehnern zur Entgegennahme des von der Standeskommission über die eingegangenen Volkswünsche verfassten Berichtes. Zuversichtlich wurde beschlossen, den Grossen Rat auf den 13. Januar zu einer ausserordentlichen Sitzung einzuberufen. An diesem Tage sollte eine neue ausserordentliche Standeskommission eingesetzt werden, welche die Volkswünsche zu begutachten und die Verfassungsrevision vorzubereiten hatte. Dies wurde dem Volke in einer zweiten Proklamation verkündet: «Wir erklären hiermit dem ganzen Volke unsere Geneigtheit, den Wünschen, so weit es dem gemeinen Besten zuträglich ist, so viel an uns liegt, mit Willfährigkeit entgegenzukommen.» Es wird das Ver-



sprechen gegeben, «zeitgemäße Veränderungen» vorzunehmen. Zur gleichen Zeit werden «unsere Lieben vor jedem gesetzwidrigen Unternehmen freundlich aber ernstmeinend abgemahnt». <sup>135)</sup>

Die Standeskommission bekannte sich in ihrem Bericht zu vielen der in den Bittschriften aufgezählten Wünschen. Sie unterstützte das Begehren auf Erweiterung des Wahlrechts für den Grossen Rat und war bereit, andere Reformen sofort an die Hand zu nehmen. Sie stellte mit Vergnügen fest, dass die Verfassungsrevision von den meisten Petenten dem gesetzlichen Organ, dem Grossen Rate, zugewiesen worden sei. Dagegen wandte sie sich gegen die rein theoretischen, schlagwortmäßig formulierten Forderungen. Das aristokratisch-korporative Denken war zu tief eingewurzelt, als dass sie die Postulate der Gleichheitsidee hätte anerkennen können: «Wo Vorrechte von Ortschaften noch vorhanden sind, die sich auf Verträge gründen, so können solche nicht einseitig abgeschafft werden.» <sup>136)</sup> Die Kommission erklärte, die Volkssouveränität sei eine blosser Idee, welche nicht verwirklicht werden könne. Abgelehnt wurde auch die Lehre der Gewaltentrennung, die als «rein absurd» taxiert wurde. <sup>137)</sup> Dass aber die Kommission so weitgehend auf die Wünsche des Volkes einging, kann nur dadurch erklärt werden, dass die dort wirkenden liberalen Patrizier, insbesondere Schultheiss von Wattenwyl, eine Verständigung mit den Burgdorfern herbeiführen wollten. Wattenwyl glaubte, «die Bekanntmachung dieser in freisinnigem Geiste festgesetzten Hauptgrundsätze müsse das Landvolk vollkommen beruhigen und zufriedenstellen». <sup>138)</sup>

Mit ihm dachten andere Patrizier so. Dem Oberamtman Otth von Büren schien der Kampf gewonnen zu sein, und er ermahnte den jetzt ganz freisinnigen Ratsherrn von Lerber, die Regierung möge militärische Expeditionen vermeiden und auf keinen Fall Söldner anwerben. Das Patriziat besitze das Zutrauen des Volkes, es werde sich dieses noch weiterhin erhalten, wenn es auf dem Wege gütlicher Vereinbarung bleibe. Auch bei Volkswahlen werde das Patriziat seine alte Vorzugsstellung bewahren. «Niemand begehrt hier Landleute und Rabulisten in die Regierung zu befördern. Man will nur selbst und frei wählen und nicht länger eine von den intervenierten Russen und Oesterreichern eingeführte Regierung.» <sup>139)</sup> Ratsherr von Lerber hatte sich schon ganz auf die neue Zeit umgestellt und antwortete: «Nur eines ist zu tun; Entgegenkommen den Wünschen des Volkes. Dazu werde ich helfen aus vollem Herzen.» <sup>140)</sup> Abraham von Schiferli sah in der Politik des greisen

Schultheissen auch den einzigen Weg zum Erfolg. Seinem Sohne in Heidelberg klagte er über die «Stockaristokraten, welche den fest ausgesprochenen Volkswillen nicht erkennen... und dann erst nachgeben, wenn es nicht mehr Ehre sondern Schande bringt...» — «Unendlich würdig ist jetzt Schultheiss von Wattenwyl, den jene als Jacobiner benennen.»<sup>141)</sup>

\*

In der Tat waren die *Ultra* oder Stockaristokraten, wie sie Schiferli nennt, höchlich erbittert über den Bericht der Standeskommission. Ratsherr von Büren nannte die «bombastische Proklamation ein wahres Landesunglück»,<sup>142)</sup> Schultheiss von Wattenwyl war für Stettler ein «im Geiste der Revolution befangener Magistrat».<sup>143)</sup> Niemand ausser ihm hätte «diese im Munde des Volkes ungereimten Wünsche als dessen allgemeine Willenserklärung ausgegeben».<sup>144)</sup> Da man sich in der Stadt zur gleichen Zeit von den aufrührerischen Bauern des Seelandes bedroht sah, die Regierung aber nicht wagte, einzugreifen, wo Gefahr drohte, so entschlossen sich einige Patrizier zur *Selbsthilfe*. Der Gedanke ging von den zum Widerstand entschlossenen Mitgliedern des Kleinen Rates, besonders von Seckelmeister von Muralt, den Ratsherren von Büren und Wurstemberger, aus. Einige junge Patrizier, meistens ehemalige Offiziere in französischen Diensten, verpflichteten sich durch Unterschrift, aus den entlassenen französischen Soldaten ein *Corps von 200 — 300 Freiwilligen anzuwerben*. Als Werber betätigten sich die Verwandten der Ratsherren, Hauptmann von Ougspurger, Major von Büren, Stadtpolizeidirektor Bondeli, Major von Muralt und der Sekretär des Geheimen Rates, Bernhard von Wattenwyl.\* Die Geworbenen sollten vorerst zum Schutz der

\* Vinzenz Karl Ludwig von Ougspurger, 1795—1851, war der Neffe des Ratherrn von Büren.

Major Eduard von Büren, 1794—1858, des Grossen Rates 1825, der Bruder des Ratherrn.

Karl Albrecht Bondeli, 1793—1844, Stadtpolizeidirektor 1828—32, später Redaktor der «Allgemeinen Schweizer Zeitung». War durch seine Frau der Neffe des Seckelmeisters von Muralt.

Albrecht von Muralt, 1791—1848, des Grossen Rates 1825, Stabsoffizier in französischen Diensten, später Oberstleutnant. Präsident des patrizischen Sicherheitsvereins 1836.

Bernhard Friedrich von Wattenwyl-de Portes, 1801—81. Sekretär des Geheimen Rates. 1832 wegen Pressevergehens verbannt. Später Förderer der Freien Kirche in Bern, für die er eine Kapelle baute.

Hauptstadt gegen einen Überfall vom Lande dienen. Sodann wollte man sie bereit halten, «damit sie später auf Befehl der Landesregierung sogleich bewaffnet und organisiert werden könnten».<sup>145)</sup> Es bestand wohl die Hoffnung, «einen Aufstand mit diesen Truppen zu unterdrücken. Man hätte sich 20—30 der einflussreichsten und kühnsten Häupter des Aufstandes bemächtigt und dann einzelne Aufstände in Dörfern ohne Mühe unterdrückt».<sup>146)</sup>

Am 8. Januar — die ersten Anwerbungen hatten am 5. Januar stattgefunden — war die Kunde davon schon in weite Kreise gedrungen. Der Geheime Rat befasste sich damit. In seiner Mehrheit billigte er das Vorgehen der anwerbenden Patrizier, da man sich vor einer Überrumpelung der Stadt schützen müsse. Schultheiss von Wattenwyl jedoch fühlte sich hintergangen. Die Wirkung der Proklamation, auf welche er so grosse Hoffnungen gesetzt hatte, wurde dadurch stark beeinträchtigt. Darum strengte er sich an, die Werbungen rückgängig zu machen. In einer stürmischen Sitzung des Kleinen Rates gelang es. Am 10. Januar wurde eine weitere Proklamation erlassen, in welcher öffentlich mitgeteilt wurde, dass die Regierung diese rein privaten Werbungen missbillige und rückgängig gemacht habe.

Dies war bitter nötig. Wie ein Lauffeuer war es nämlich im Lande herumgekommen, dass man in der Hauptstadt «Rote» anwerbe. Die Gerüchte nannten grosse Zahlen und bezeichneten als Urheber der Werbungen die Regierung. Damit stand sie öffentlich als Eidbrecherin da. All die schönen Versprechungen vom 7. Januar erschienen nun als Ablenkungsmanöver. Der Regierung traute man das Schlimmste zu. Zu spät kam das obrigkeitliche Dementi. Allenthalben gährte es bedenklich. Gerade im Seeland waren die Oberamt männer machtlos. Gottfried von Mülinen sandte am 9. Januar einen trostlosen Bericht :«*Mon baillage continue à être dans le plus malheureux état de désordre et d'anarchie. Presque toutes les communes ont des 'Freiheitsbäume' et les gens de Nidau craignent d'un jour à l'autre que les villages ne viennent en planter un dans leur ville contre la grande majorité de la bourgeoisie.*»<sup>147)</sup>

\*

Noch während in Bern der Kleine Rat verhandelte, hatten sich in **M ü n s i n g e n** aus allen Landesgegenden einflussreiche Männer eingefunden. In der kritischen Stunde wurde diese Versammlung

beiderseits wie eine Erlösung betrachtet. Die Regierung, besonders Schultheiss von Wattenwyl, hoffte, die Wendung zum Guten erreichen zu können. Deshalb wurde der Oberamtmann von Erlach von Konolfingen angewiesen, «angesehene, rechtschaffene und gemäßigte Männer zu bewegen, an der Münsingerversammlung teilzunehmen und zu verhindern, dass sie keine gewaltsamen Schritte gegen die Hauptstadt zur Folge habe».<sup>148)</sup> Wattenwyl durchkreuzte so die Pläne der Ultra-Ratsherren. Oberst Effinger und Oberst von Büren hatten vorgehabt, «diese Versammlung auseinanderzusprengen und aufzuheben».<sup>149)</sup> Alle Anstalten des Oberkommandos waren getroffen worden, «allein von oben herab kurz vor der Ausführung untersagt».<sup>150)</sup> Einer der an der Versammlung anwesenden Stadtberner, Durheim, der Begleiter des von der Regierung hingesandten Oberstleutnant Hahn, bezeichnet übrigens den Plan, die Versammlung mit Waffengewalt auseinanderzusprengen als erfolgversprechend: «Durch ein energisches rasches Eingreifen, mit 3 à 400 getreuen Männern hätte man die Volksausgeschossenen in Verwahrung setzen können und einen vorteilhaften Endzweck erreicht.»<sup>151)</sup>

Wenn dies nicht geschah, so ist das der vermittelnden Politik des Schultheissen von Wattenwyl zuzuschreiben. Er beharrte darauf, dass der Versammlung vom Verbot der Werbungen Kenntnis gebracht werde. Als Boten hatte er den mit den Liberalen in Verbindung stehenden Dr. Hahn ausersehen. Auf diese Karte hatte er alles gesetzt: «J'ai prié Mr. Hahn par tout ce qui est sacré pour le bien de la patrie d'employer tout son crédit pour que l'on ne prenne pas une résolution qui cause la ruine de l'état.»<sup>152)</sup> — Doch Hahn konnte seine Mission nicht nach Wunsch ausführen. Seine Vorschläge kamen zu spät. Bereits war ein neues Ziel ins Auge gefasst worden. Johann Schnell leitete die Versammlung. Er protestierte gegen die Werbungen. Er hoffe aber, die Regierung habe sich noch rechtzeitig eines Bessern besonnen. Darum wolle man den Bericht von Dr. Hahn abwarten. Darauf ergriff Oberamtmann von Erlach das Wort und verteidigte geschickt die Regierung. Mit wenig Erfolg. Als Major Eduard von Büren, der Bruder des Ratsherrn, öffentlich reden wollte, da entstand allgemeiner Lärm. Jetzt erhob sich Karl Schnell und fragte, ob die Standeskommission einem Verfassungsrat zustimmen würde. Hans versuchte, das Wort aus der Diskussion zu verbannen, doch sein Bruder fragte Grossrat Güdel, wie sich die Kommission dazu stelle. Dieser antwortete, unterstützt von Erlach, er finde ihn für unnötig. Karl kam in merkwürdiger Beharrlichkeit immer von neuem auf diese Institution zu sprechen. Er gab vor,

das Volk wünsche sie. Ein junger Berner Jurist, dessen tagebuchartigem Bericht ich hier folge, bemerkt: «Ich bin aber überzeugt, dass er allein daran trieb und dass ohne ihn niemand darauf gedrungen hätte.»<sup>153)</sup> Der spätere Schultheiss Neuhaus, welcher der Versammlung ebenfalls beiwohnte, zweifelte sogar an der Redlichkeit des Erstaunens, womit Hans den Vorschlag seines Bruders ablehnte. Es sei dies nur ein Manöver gewesen, um desto sicherer zum Ziel zu gelangen.

Erlösend erschien um 2 Uhr nachmittags Dr. Hahn. Er konnte verkünden, dass der Kleine Rat die Werbungen als ungesetzlich verboten habe. Er verlas darauf den Bericht der Standeskommission und empfahl, da alle Widerwärtigkeiten beseitigt seien, die Grossratsitzung ohne Unruhe abzuwarten. Karl sah seine Pläne zerrinnen. Von neuem empfahl er den Verfassungsrat in «feindseliger, ja giftiger Rede».<sup>154)</sup> Umsonst entgegnete Hahn, dadurch werde die Reform ja nur verzögert. Die Versammlung nahm schliesslich Karls Vorschlag an, wenn auch ohne Begeisterung. Die Entscheidung war durch Karl Schnells persönliches Eingreifen gefallen. Eine von keinen Bedenken zurückgehaltene Minorität hatte die Prinzipien einer neuen Zeit zum Siege geführt. — Die Nachricht von diesen Beschlüssen verfehlte ihre Wirkung nicht. Vielerorts, besonders im Jura und im Seeland, ging die Revolution in offene Anarchie über. Xaver Stockmar, der Führer der Jurassier, plante sogar einen Zug nach Biel, zur Loslösung des Jura von Bern. Dem Oberamtmann von Münster war es zu verdanken, wenn dies dem Aufwiegler nicht gelang.

In Bern konnte die Forderung nach einem Verfassungsrat nicht alle Kreise überraschen. Schon am 9. Januar abends hatten sich die einflussreichen Staatsoberhäupter zu einer Lagebesprechung getroffen. Eben war Schultheiss Fischer von der Tagsatzung zurückgekehrt. Ihr Ausgang hatte ihn trüb gestimmt. Nun las er den Bericht der Standeskommission. In der weitgehenden Billigung der Volkswünsche sah er bereits die von oben herab eingeleitete Revolution. Da ihn die eingelaufene Post von den Zuständen im Seeland benachrichtigte, meinte er, wenn die Regierung die Kraft nicht mehr besitze, offene Empörung mit Waffengewalt niederzuhalten, so solle sie die Gewalt ganz niederlegen. Immerhin liess er sich von Wattenwyl überreden, den Ausgang der Münsinger Versammlung noch abzuwarten. Doch warf er seinem Kollegen vor, dass die Volksbewegung durch das unbedachte Entgegenkommen gefördert worden sei.



Beide Schultheissen waren nach dem Ausgang der Münsinger Versammlung nun darüber einig, dass die Regierung mit Ehren abtreten müsse, bevor sie von den Volksführern dazu gezwungen werde. Ihnen stimmten die meisten älteren Magistraten bei. Allein die Ultra und die Jungen glaubten noch an irgendeine gewaltsame Lösung. Am 12. Januar abends versammelten sich diese auf dem Zunfthause zu Distelzwang. Der ebenfalls anwesende Stettler gab den Gedanken an Widerstand auf, nachdem er gesehen hatte, welche Ratlosigkeit sich der Gemüter bemächtigt hatte: «Ich hörte nur so viel, dass von Offiziers die Rede war, die sich hätten an die Spitze der den Rebellen entgegenrückenden Truppen stellen sollen. Es entstand dann ein so unordentlicher wilder Lärm, dass niemand mehr zu Worte kommen konnte.»<sup>155)</sup> Das Patriziat schwebte daneben in ständiger Angst vor einem Überfall der Landbevölkerung. Auch das Misstrauen gegen die nichtpatrizische Burgerschaft wuchs. Es hiess, der stellvertretende Kommandant der Bürgerwache, Hauptmann Risold, besitze das Schwert, mit welchem Henzi 1749 geköpft worden sei. Diese Schuld wolle er nun durch Patrizierblut rächen.

#### 6. Der 13. Januar

So rückte der Tag der Entscheidung heran. Der Grosse Rat war zur ausserordentlichen Sitzung einberufen worden. «Mit bangeren Erwartungen», vermerkt Stettler in seinem Tagebuche, «als den Morgen des 13. Januar hatte man in Bern selbst kaum den Morgen des 5. März 1798 anbrechen gesehen. Ein drückendes beklemmendes Gefühl lag schwer wie ein schwarzer Nebel auf allen Bewohnern der Stadt. Auf allen Gesichtern zeichnete sich düstere Wehmut, Angst vor vielleicht blutigen, gewaltsamen Auftritten — geheime Schadenfreude, die sich indessen noch nicht laut zu äussern wagte, Neugier, welche Ereignisse der verhängnisvolle Tag, den man allgemein als den Todestag des alten Bern betrachtete, mit sich bringen würde. Die Stadt glich einem Sterbehause, in welchem lachende Erben unter betäubten Freunden und bestürzten Hausgenossen umher schlichen — ihrer Hoffnungen noch nicht ganz sicher zwar, oder besorgend, deren Erfüllung vielleicht noch theurer erkaufen zu müssen.»<sup>156)</sup> — Der Mehrzahl der Grossratsmitglieder waren bei Eröffnung der Sitzung die Pläne der leitenden Regierungsmänner noch unbekannt. Eine Anzahl von Ultra-Gliedern war mit Seckelmeister von Muralt immer noch der Ansicht, die Regierung könne durch Kraftentwicklung die für sie ungünstige Lage verbessern.

Schultheiss Fischer hat in diesen kritischen Umständen Bern vor Bürgerkrieg bewahrt. In einer wahrhaft staatsmännischen Rede riet er zu friedlichem Austrag und trug auf den Rücktritt der aristokratischen Regierung an. In ihm brannte der Wunsch, das Vaterland aus dem Zwiespalt zu befreien. Da schien es für ihn selbstverständlich, dass der Schwächere weiche: «Die Frage ist nicht mehr, was w o l l e n wir tun . . . , sondern, was k ö n n e n wir noch tun, um grösseres Unheil zu verhindern.»<sup>157)</sup> — Der Rücktritt des Patriziats schien dem Schultheissen jetzt eine grundsätzliche Pflicht. Zu gross waren die Gegensätze der Staatsauffassung, als dass man sie jetzt noch hätte überbrücken können. Das war die Frucht der Erfahrungen, die Fischer in den letzten Jahren gesammelt hatte. Die Entwicklung seit dem vergangenen Sommer hatte ihn in dieser Ansicht bestärkt. Die Zukunft, meinte er, würde das Trennende nicht verkleinern.

In seiner Rede wies der Schultheiss auf die wesentlichen Streitpunkte hin. In erster Linie betonte er die grundsätzliche Verschiedenheit der z w e i S t a a t s p r i n z i p i e n , die zu vermengen die Ehrlichkeit des Patriziers nicht zulasse. Mit einfachen Worten bekannte er: «Seit 27 Jahren von den untersten Stufen und in mannigfachen Verhältnissen des öffentlichen Lebens, ohne Plan für mich selbst, einzig meine Pflicht zu erkennen trachtend, habe ich mir nach tiefer, innerer Überzeugung Grundsätze angeeignet, welche mit unserer bisherigen Verfassung in Einklang waren, zu denen ich mich oft bekannte, und die ich jetzt in der elften Stunde meiner öffentlichen Laufbahn zu verleugnen nicht gesinnt bin . . . Denn ich halte dafür, dass das aristokratische Prinzip in seiner Verfassung zum Glück des Landes notwendig sei, dass ohne Unheil es nicht entbehrt werden könne. Jetzt soll aber nicht dessen Anwendung geregelt, modifiziert oder gereinigt, sondern der Grundsatz ausgerottet werden.»

Den andern Grund, welcher die Kluft verbreiterte, sah Fischer in der Verschiedenheit der aristokratischen und der demokratischen R e g i e r u n g s m e t h o d e n . Der alte Obrigkeitsstaat herrschte gemäss den Souveränitätsrechten der Stadt. Aber er handhabte diese Rechte ohne herrschaftlichen Druck. Die Regierung stand ohne Schutz der Waffen an der Spitze eines Volkes, das selbst jederzeit zu den Waffen hätte greifen können. Ziel der Verwaltung war nicht Unterdrückung des Volkes und Erpressung: «In seinem Zutrauen lag unsere Kraft, in seiner Liebe fanden wir unsere Belohnung, in seinem Glück das Ziel des Strebens.» Dieses Zutrauen

sei nun gebrochen, das bindende Mittel des alten Staates sei kraftlos geworden. Das Volk fordere Selbständigkeit und Befreiung von der väterlichen Bewachung.

Und drittens, betonte Fischer, bestehe ein grosser Unterschied zwischen demokratischer und aristokratischer Regierung darin, dass jene **F a k t i o n**, diese aber **O b r i g k e i t** sei, dass jene «die schlechtesten Mittel gebraucht, welche diese unbedingt verwerfen soll». Das Patriziat hatte sich bestrebt, in väterlicher Liebe und Unparteilichkeit das Volk zu regieren. Die neue Lehre dagegen sah in der Staatsgewalt nur einen Ausschuss des Volkes. Der Patrizier aber erkannte, in die Zukunft blickend, dass nicht das ganze Volk in gerechter Weise werde vertreten sein, sondern nur ein Teil.

Entschlösse sich die Regierung, meinte Fischer, trotz diesen nicht zu beseitigenden Gegensätzen zu bleiben, dann erwecke es den Anschein, als ob sie nicht um des Volkes willen, sondern nur der Vorteile wegen bleibe. Mit diesem letzten Argument versuchte der Schultheiss seine Standesgenossen von der Notwendigkeit des Rücktritts zu überzeugen: «Wohlan denn, wir sind nicht um unserer willen dagestanden! Hat die Leidenschaft die Gemüter uns als Obrigkeit entfremdet, so möge dereinst Billigkeit und Wahrheit unser Andenken retten und ehren!»

Unvermittelt traf dieser Vorschlag die meisten Glieder des Grossen Rates. Einige auf seiten der beiden Schultheissen stehende Patrizier ergriffen das Wort, um Fischers Vorschlag zu unterstützen. Es waren drei als liberal geltende Oberamt männer: von Graffenried von Wimmis \*, von Erlach von Konolfingen und Steiger von Thun. Sie alle kannten die Stimmung des Volkes und sahen die Gefährlichkeit des bewaffneten Widerstandes. Sie hatten aber auch die Berechtigung der Reformen erkannt und rechneten mit einer für das Land glücklichen Entwicklung der Verfassungserneuerung. Erlach und Graffenried wirkten später im Verfassungsrat aktiv mit.

Die patrizischen Anhänger der liberalen Staatstheorie hatten mit der alten Zeit schon vorher gebrochen. Sie sahen eine neue glänzende und ehrenvolle Zukunft in der Volksregierung, in der sie die ersten Staatsämter zu bekleiden hofften. Sie baten, die Gereiztheit der Landbevölkerung und die drohende Gefahr eines Zuges

---

\* Anton Friedrich von Graffenried, 1792—1871, Bruder des Oberamtmannes von Signau und des Ratsherrn. Offizier in englischen Diensten, des Grossen Rates 1820, Oberamt mann zu Wimmis 1823—31.

nach Bern in Berechnung zu ziehen. Sicher hegten sie auch die Hoffnung, das neue System werde gerechter sein als das alte.

Vorerst liessen sich die Ultra durch diese Argumente nicht beeindruckten. Die beiden Führer Muralt und Wurstemberger wollten unbedingt bei den alten Formen bleiben. Verschiedene Grossratsmitglieder unterstützten sie in scharfen Reden. Oberförster Franz Steiger von Riggisberg\* «stellte in lebhafter begeisterter fliessender Rede, allein mit so derber, ganz alle bisher gewohnte Rücksicht und Schonung der Personen und Behörden beiseitesetzender Freimütigkeit alle Fehler und Missgriffe und das ganze unentschlossene unkluge Benehmen der Regierung dar. So keck und frei und so schonungslos und doch so warm und eindringend war vielleicht in diesem Saale nie geredet worden.»<sup>158)</sup> Desgleichen sprachen Oberamtman Sinner von Belp, Oberst Rudolf Gottlieb von Muralt\*\* und Seckelmeister Jenner. Zwei alte Magistrate, welche noch dem Grossen Rate des Jahres 1798 angehört hatten, sprachen sich sehr entschieden gegen den Rücktritt aus: Ratsherr Thormann und alt Schultheiss von Mülinen. Der greise Ratsherr hatte vor mehr als 30 Jahren gegen die Franzosen gekämpft. Er konnte in der Volksbewegung nichts anderes sehen als eine Wiederholung der Ereignisse von 1798. Deshalb verkündete er, «lieber auf seinem Posten umkommen zu wollen, als sich durch Gefahr und Drohungen von demselben verdrängen zu lassen».<sup>159)</sup> Schultheiss von Mülinen verglich die neue Revolution mit derjenigen von 1798. Er meinte, es sei Pflicht, die Regierungsgewalt stark zu erhalten, damit man einem möglich scheinenden Angriff von Frankreich her standhalten könne.

Endlich — die Sitzung dauerte fünf Stunden — konnte man zur Abstimmung schreiten. Mit 200 gegenüber 19 Stimmen wurde Fischers Antrag auf Niederlegung der Gewalt angenommen. Der Beschluss sollte dem Volke in einer weiteren Proklamation mitgeteilt werden. Die Leitung der Staatsgeschäfte wollte man so lange noch besorgen, bis die neue Verfassung beraten und darüber vom Volke

---

\* Franz Georg Steiger, 1794—1874. Des Grossen Rates 1825—31 und 1850—58, Oberförster des Jura 1827. Major der Scharfschützen. Sohn des im Waldshuterkomitee wirkenden Ratsherrn Steiger.

\*\* Abraham Rudolf von Sinner, 1790—1861. Des Grossen Rates 1821, Oberamtman zu Belp 1822—31.

Rudolf Gottlieb von Muralt, 1786—1856. Oberstleutnant in Frankreich, des Grossen Rates 1816.

befunden und eine neue Regierung gewählt sein werde. Die Standeskommission, welche die Bittschriftenaktion geleitet hatte, bekam den Auftrag, für die Wahl eines Verfassungsrates alle nötigen Anstalten zu treffen.

\*

Welches war der Eindruck, den die Abdankung hervorrief? Den Führern der Volksbewegung war der Schritt der Regierung nicht unangenehm. Eine blutige Umwälzung war so verhindert worden. Den Revolutionären, die da und dort ihr Haupt erhoben hatten, war die Waffe aus der Hand geschlagen worden. Damit waren auch die liberalen Führer einer Gefahr enthoben, die sie zu erdrücken gedroht hatte. — Das Landvolk war über den Verzicht der Regierung eher enttäuscht und betrübt. Viele, berichtet Schultheiss Fischer, hatten geäußert, «die Regierung wollte nur sich opfern, aber sie hat uns alle geopfert».<sup>160)</sup> In einer Eingabe an den Verfassungsrat bekannten die Frutiger: «Der grosse Finalakt der Regierung musste wie natürlich jeden Wohldenkenden in unserer Gemeinde mit der tiefsten und schmerzlichsten Betrübniß erfüllen.»<sup>161)</sup> In der städtischen Bürgerschaft war die Bestürzung gross. Diesen Entschluss hatte man nicht erwartet. Das Ziel war gewesen, gemeinsam mit den Reformfreunden unter den Patriziern zu dem neuen Verfassungswerke berufen zu werden. Durch den Beschluss der Regierung erhielt nun das Land ein Übergewicht, das Leuten wie Koch und Hahn nicht passte.

Von verschiedenen Seiten wurde damals und später bezweifelt, dass der Beschluss des Patriziats zum Wohle des Volkes gefasst worden sei. Tillier, damals schon mit den Neuerern in enger Verbindung, warf seinen Standesgenossen später schlaue Berechnung vor. Sie hätten erwartet, es werde nun alles in Verwirrung geraten, so dass man später zum Alten zurückkehren werde.<sup>162)</sup> Noch 1835 schrieb Stapfer in einem kleinen Essai über Bern: «Le conseil souverain se retira avec l'espérance de jeter par son abdication en masse le parti de la révolution dans des difficultés insurmontables et d'amener le peuple à supplier ses anciens maîtres de reprendre les rênes du gouvernement.»<sup>163)</sup> Fischer, den persönliche Antipathie von Tillier trennte, musste noch zu seinen Lebzeiten über sich ergehen lassen, dass der Geschichtsschreiber Tillier verbreitete, der Schultheiss habe die Zusicherung des preussischen Gesandten besessen, man solle sich auf spätere militärische Hilfe verlassen.



Nicht allein diese Behauptung hat den Charakter einer Verleumdung, sondern alle die den Patriziern untergeschobenen Gründe sind aus der Luft gegriffen. Einmal ergibt die diplomatische Korrespondenz der auswärtigen Gesandten nicht den geringsten Anhaltspunkt für Interventionsversprechungen. Der englische Gesandte riet Fischer am 8. Januar, «durch vernünftige Konzessionen unberechenbare Folgen eines längeren Widerstandes zu vermeiden».<sup>164)</sup> Der österreichische Geschäftsträger, Bombelles, stand zwar den Ultra am nächsten und kritisierte das Verhalten des Schultheissen von Wattenwyl als «politique de bascule». Aber von einem Hilfeversprechen findet man nicht die geringste Spur.<sup>165)</sup> Die Situation am 13. Januar war so ernst, der Antrag des Schultheissen für viele so überraschend, dass keine Gelegenheit gewesen wäre, schlaue Berechnungen anzustellen. Liest man gar die Tagebucheinträge Karl Ludwig Stettlers, so muss die Hohlheit jener Behauptungen klar werden.

Heute darf man sich fragen, ob der Bruch hätte vermieden werden können. Fischer selbst enthält sich auch in seinen späteren Darstellungen des Urteils darüber. «Zeitgenossen», meinte er, «richten über die Vorgänge kaum gerecht.»<sup>166)</sup> — Der Widerstand des Patriziates wäre, wenn er folgerichtig betrieben worden wäre, auf die Dauer nutzlos gewesen. Die Strömung zur Volkssouveränität hin war unaufhaltsam. Die Revolution wäre höchstens hinausgeschoben worden. Statt einem plötzlichen Umbruch hätte sich — wie in Zürich — eine schrittweise Entwicklung der demokratischen Staatsform ergeben müssen.

Das Patriziat ist durch seinen unerschütterlichen Glauben ans Recht gefallen. Der Glaube an die guten Kräfte, an den Sieg des Rechts, an die Liebe und das Zutrauen des Volkes wirkte im Kampfe lähmend. Die Patrizier zögerten, verpassten den gegebenen Augenblick zum Handeln; es mangelte an Entschlusskraft; die Rede verdrängte die Tat. Dies sind die immer gleich bleibenden Hindernisse des Verteidigers gegenüber dem Angreifer. Wer das Recht verteidigt, ist im Nachteil gegenüber einem Feinde, der die Machtmittel rücksichtslos einsetzt.

Die Sieger des Tages waren die Schnell und ihr Anhang. Die ländliche Oberschicht, die sich mündig fühlte, hatte den Platz an der Sonne errungen. Wohl betonten die Neuerer zu verschiedenen Malen: Wir kämpfen gegen die Formen und wünschen keine Veränderung des Personals. Als die Frage zur Diskussion stand, in welchem Maße und in welcher Form die Mitarbeit des Patriziates

erwünscht sei, da zeigte es sich, dass die Aristokratie in einflussreichen Stellungen nicht geduldet werden sollte. Nur Männer wie die Ratsherren Tschärner und von Lerber, welche sich der neuen Bewegung ohne Vorbehalte anschlossen, fanden Gnade.

## VI. Das Patriziat und die neue Verfassung

### 1. Die Wahlen in den Verfassungsrat

Der plötzliche Rücktritt des Patriziats hatte den Grossteil des Bernervolks erstaunt, wenn nicht betrübt. Tillier und spätere Betrachter haben diesen Schritt als eigennützige Berechnung dargestellt, als ob das Patriziat abgedankt habe, um, von allen Volksteilen sehnsüchtig zurückgewünscht oder von fremden Truppen unterstützt, seinen alten Sitz wieder einzunehmen. Das Patriziat verharrte aber nach dem 13. Januar in einer ruhigen Haltung. Dem Neuen gegenüber verhehlte es allerdings Misstrauen und Ablehnung nicht. Dadurch wurde ein erspriessliches Zusammenarbeiten verhindert.

Über diese Mißstimmung hinweg schritt man zum Neuaufbau des Staatsgebäudes. Die Regierung hatte in ihrer Proklamation vom 13. Januar verkündet, die Staatsgeschäfte noch so lange leiten zu wollen, bis die Verfassung geschaffen und die neuen, vom Volk gewählten Behörden ihr Amt antreten könnten. Die Standeskommission, welche am 6. Dezember gewählt worden war, erhielt den Auftrag, die Wahlen für einen Verfassungsrat zu leiten. Das Kopfszahlssystem sollte dabei massgebend sein. Dem damaligen Brauche gemäss wurden die neuen Räte indirekt gewählt. Es waren, auf die Bevölkerung des Kantons berechnet, 111 Volksabgeordnete zu wählen. Der 9. Februar wurde zum Wahltag erklärt.

Die Wahlergebnisse zeigten die tiefen Meinungsverschiedenheiten zwischen alten und zukünftigen Machthabern. Die Liberalen wünschten zwar, aus der patrizischen Regierung fähige Männer in den Verfassungsrat gewählt zu sehen. Da jedoch im Verfassungsrat die Grundgesetze des demokratischen Staatslebens beraten werden sollten, so wollten die Neuerer keine Mehrheit von Patriziern dulden. Weil das Volk bis dahin den Beweis seiner demokratischen Gesinnung noch nicht gegeben hatte, mussten die Führer dafür sorgen, ihrer Partei zum vornherein die Mehrheit zu verschaffen. Nur auf diese Weise konnte der Erfolg der Revolution gesichert